

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**[Nummer Erlassregister]****Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus in Bezug auf die spezifischen Sicherheitsnormen für touristische Unterkünfte**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Dekretes vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus, Artikel 11 §1 Absatz 1 Nummer 2;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom XX.XX.XXXX;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom XX.XX.XXXX;

Aufgrund des Gutachtens ... des Staatsrates, das am XX.XX.XXXX in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Tourismus;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN**Artikel 1 - Gegenstand**

Vorliegender Erlass legt die auf die touristischen Unterkünfte gemäß Artikel 9 des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus in bestehenden Gebäuden anwendbaren Mindestmaßnahmen fest zur:

1. Vorbeugung der Brandentstehung;
2. Gewährleistung der Personensicherheit; und
3. Erleichterung des Feuerwehreinsatzes.

Art. 2 - Personenbezeichnung

Personenbezeichnungen im vorliegenden Erlass gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 - Begriffsbestimmungen

Zusätzlich zu der technischen Terminologie des Königlichen Erlasses vom 7. Juli 1994 versteht man für die Anwendung des vorliegenden Erlasses unter:

1. Königlicher Erlass vom 7. Juli 1994: den Königlichen Erlass vom 7. Juli 1994 zur Festlegung der bei Gebäuden zu beachtenden Grundnormen zur Brand- und Explosionsverhütung;

2. Allgemeine Ordnung für elektrische Anlagen: den Königlichen Erlass vom 8. September 2019 zur Festlegung von Buch 1 über elektrische Niederspannungs- und Kleinspannungsanlagen, von Buch 2 über elektrische Hochspannungsanlagen und von Buch 3 über Anlagen für die Übertragung und Verteilung elektrischer Energie;

3. Gebäude der Kategorie 1: niedrige Gebäude gemäß Punkt Nr. 1.2.2.3. der Anlage 1 zum Königlichen Erlass vom 7. Juli 1994, die

a) vor dem 31. Dezember 1997 errichtet wurden und über ein, zwei oder drei oberirdischen Wohnebenen verfügen, davon eine bzw. zwei Ebenen über der normalen Evakuierungsebene; oder

b) nach dem 31. Dezember 1997 errichtet wurden;

4. Gebäude der Kategorie 2: mittelhohe Gebäude gemäß Punkt Nr. 1.2.2.2. der Anlage 1 zum Königlichen Erlass vom 7. Juli 1994, die

a) vor dem 26. Mai 1995 errichtet wurden, bis zu 25 m hoch sind und über drei oder mehr Wohnebenen über der normalen Evakuierungsebene verfügen, die nicht der Kategorie 3 zugeordnet werden können; oder

b) nach dem 26. Mai 1995 errichtet wurden;

5. Gebäude der Kategorie 3: hohe Gebäude gemäß Punkt Nr. 1.2.2.1. der Anlage 1 zum Königlichen Erlass vom 7. Juli 1994, die

a) vor dem 26. Mai 1995 errichtet wurden und über 25 m hoch sind; oder

b) nach dem 26. Mai 1995 errichtet wurden;

6. Feuerbeständige Tür: eine Tür, die gemäß den Montagebedingungen angebracht wurde, aufgrund derer sie als feuerbeständig klassifiziert wird, und für welche der Monteur einen Beleg des vorschriftsmäßigen Einbaus nach Herstellerangaben ausgestellt hat;

7. Küche: jeder Raum mit installierten Kochvorrichtungen mit einer Gesamtleistung von über 10 kW;

8. Fluchtweg: jedes Element eines Gebäudes, das für die Evakuierung der anwesenden Personen verwendet wird, insbesondere Gänge, Treppenabsätze, Treppen, Flucht- und Rettungswege und Wege.

Art. 4 - Anwendungsbereich

Die Bestimmungen des vorliegenden Erlasses sind anwendbar auf alle touristischen Unterkünfte.

Zusätzlich zu diesen Bestimmungen sind anwendbar:

1. für touristische Unterkünfte, deren maximale Kapazität 10 Personen übersteigt, die Bestimmungen des Anhangs 1;

2. für Campingplätze die Bestimmungen des Anhangs 2.

Die Bestimmungen des vorliegenden Erlasses sind anwendbar unbeschadet der allgemeinen oder besonderen Normen und Bestimmungen, insbesondere:

1. des Königlichen Erlasses vom 7. Juli 1994;

2. des Gesetzbuchs über das Wohlbefinden bei der Arbeit;

3. der Allgemeinen Arbeitsschutzordnung;

4. des Dekrets der Wallonischen Region vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung.

Art. 5 - Sicherheitsverhalten des Betreibers

Der Betreiber einer touristischen Unterkunft ergreift die angemessenen Maßnahmen, um:

1. Bränden vorzubeugen;
2. Brandherde rasch und wirksam zu bekämpfen;
3. im Brandfall:
 - a) den untergebrachten Personen zu ermöglichen, zu warnen und Alarm zu schlagen;
 - b) die Sicherheit der Personen zu gewährleisten und ggf. ihre rasche und gefahrlose Evakuierung zu ermöglichen; und
 - c) die zuständige Hilfeleistungszone unverzüglich zu benachrichtigen.

Art. 6 - Normenäquivalenz

Wenn aufgrund entsprechender Dokumente nachgewiesen ist, dass ein Bauprodukt die Anforderungen der NBN-Norm gemäß in einem anderen EU-Mitgliedstaat gleichwertigen Prüf- und Klassifikationsverfahren erfüllt, wird dieses Produkt als den technischen Vorgaben des vorliegenden Erlasses und seiner Anlagen genügend angesehen.

Art. 7 - Belegungsvorschrift

Unter der untersten Evakuierungsebene dürfen keine Wohnungen, Einzel- oder Gemeinschaftszimmer für Unterkunftszwecke ausgebaut werden.

Art. 8 - Brandverhalten und Feuerwiderstand der Baustoffe und -elemente

Die in der touristischen Unterkunft verwendeten Baustoffe sind entsprechend der Klassifizierung gemäß dem Königlichen Erlass vom 7. Juli 1994 zugeordnet.

Auf Antrag des Bürgermeisters oder seines Beauftragten erbringt der Betreiber einer touristischen Unterkunft den Nachweis, dass die Bestimmungen desselben Königlichen Erlasses zum Brandverhalten und dem Feuerwiderstand der Bauelemente eingehalten werden.

Andernfalls reicht der Betreiber eine Beschreibung der Zusammensetzung der Baustoffe und -elemente, für die der in Absatz 2 genannte Nachweis nicht erbracht werden kann, schriftlich und mit der Unterschrift eines Architekten ein.

Art. 9 - Abweichungen in Ausnahmefällen

Bei der Erstellung des Brandschutzgutachtens kann in Ausnahmefällen vor Ort das Ergreifen von Maßnahmen vorgesehen werden, die nicht ausdrücklich im vorliegenden Erlass und seinen Anhängen aufgeführt sind, wenn diese für die Sicherheit des Gebäudes und der darin untergebrachten Personen notwendig sind.

Bei der Erstellung des Brandschutzgutachtens kann in Ausnahmefällen von den Bestimmungen des vorliegenden Erlasses abgewichen und können ausgleichende Maßnahmen festgelegt werden, etwa wenn im Falle des Denkmalschutzes eine andere Gesetzgebung anwendbar ist.

KAPITEL 2 - INSTANDHALTUNG UND KONTROLLEN

Art. 10 - Allgemeine Bestimmungen

Die technische Ausstattung des Gebäudes ist in gutem Zustand zu erhalten.

Der Betreiber achtet darauf, dass die im vorliegenden Kapitel erwähnten Abnahmen und Kontrollen durchgeführt und protokolliert werden. Er bewahrt ein Exemplar der jeweiligen Protokolle auf, das dem Brandschutzbeauftragten der zuständigen Hilfeleistungszone, dem Bürgermeister bzw. dem für Tourismus zuständigen Minister auf Anfrage vorgelegt wird.

Die mit der Kontrolle beauftragten Stellen sind gemäß der Norm NBN EN ISO/IEC 17020:2012 „Konformitätsbewertung - Anforderungen an den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen“ für den von der Kontrolle erfassten Zuständigkeitsbereich akkreditiert.

Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels erstrecken sich auf alle Bereiche, die der touristischen Nutzung des Gebäudes dienen.

Art. 11 - Elektrische Installationen - Abnahme und Kontrolle

Die elektrischen Installationen entsprechen den Bestimmungen der Allgemeinen Ordnung für elektrische Anlagen sowie den etwaigen anwendbaren Normen und Verordnungen in der gültigen Fassung.

Die elektrischen Installationen einschließlich der Sicherheitsbeleuchtungsanlagen werden von einer vom Föderalen Öffentlichen Dienst Wirtschaft anerkannten Kontrollstelle gemäß den Modalitäten der Allgemeinen Ordnung für elektrische Anlagen sowie gemäß den besonderen Bestimmungen dieser Anlage geprüft und abgenommen:

1. bei Inbetriebnahme der touristischen Unterkunft sowie bei jeder größeren Änderung;
2. für Hochspannungsinstallationen: einmal jährlich;
3. für alle anderen Installationen: einmal alle fünf Jahre.

Art. 12 - Gasanlagen

Alle gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Erlasses erforderlichen Vorkehrungen sind zu treffen, um das Entweichen von Gas zu verhindern.

Art. 13 - Mit Brenngas aus öffentlichen Versorgungsleitungen betriebene Anlagen

Vor der Inbetriebnahme der Anlage und nach größeren Änderungen ist die neue Installation oder Teilinstallation von mit Brenngas aus öffentlichen Versorgungsleitungen betriebenen Anlagen einer Prüfung der Dichtheit und der Konformität zu unterziehen.

Es werden die Normen NBN D 51-003:2010+A2:2021 „Erdgasleitungen in Gebäuden und Standortwahl von Verbrauchsgeräten - Allgemeine Bestimmungen“ und/oder NBN D 51-004 „Anlagen, die mit Leitungskraftgas betrieben werden, das leichter ist als Luft - Besondere Anlagen“ für mit Erdgas versorgte Innenanlagen und Aufstellung von Verbrauchsgeräten angewendet. Die Prüfung erfolgt durch eine von einer für die Normen NBN D 51-003:2010+A2:2021 und D 51-004 zertifizierte Stelle, wenn der Installateur nicht ermächtigt ist.

Diese Dichtheits- und Konformitätsprüfung ist anschließend alle fünf Jahre von einer für die Normen NBN D 51-003:2010+A2:2021 und D 51-004 zertifizierten Stelle

durchzuführen.

Die Instandhaltung der Installationen und Geräte erfolgt jährlich. Sie wird von einem zugelassenen Installateur gemäß den Bestimmungen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 29. Januar 2009 zur Verhütung der Luftverunreinigung, die durch Zentralheizungsanlagen zur Beheizung von Gebäuden oder zur Brauchwasserbereitung verursacht wird, und zur Reduzierung des Energieverbrauchs dieser Anlagen durchgeführt.

Vor Inbetriebnahme werden die Nutzgeräte von einem zugelassenen Installateur gemäß den Bestimmungen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 29. Januar 2009 zur Verhütung der Luftverunreinigung, die durch Zentralheizungsanlagen zur Beheizung von Gebäuden oder zur Brauchwasserbereitung verursacht wird, und zur Reduzierung des Energieverbrauchs dieser Anlagen eingestellt. Dieser versichert sich, dass sie ordnungsgemäß funktionieren.

Art. 14 - Kontrolle der mit Brenngas aus öffentlichen Versorgungsleitungen betriebene Anlagen

Gegenstand der von der für die Normen NBN D 51-003:2010+A2:2021 und D 51-004 zertifizierten Stelle durchgeführten Kontrolle sind insbesondere:

1. die Konformitätsprüfung gemäß den genannten anwendbaren Normen;
2. die Prüfung, ob die Reinigung der Brenner und die Einstellung ihrer Funktionsweise richtig durchgeführt wurde;
3. die Prüfung der Funktionsweise der Schutz- und Regeleinrichtungen;
4. die Prüfung der Dichtheit der Anlage durch eine probeweise Unterdrucksetzung gemäß der für die Anlage anwendbaren Norm;
5. die Prüfung, ob die Reinigung der Verbrennungsgasabzüge richtig durchgeführt wurde;
6. eine Prüfung der Auslösung der Thermoelemente.

Art. 15 - Mit Flüssiggas betriebene Anlagen

Vor Inbetriebnahme der Anlage und nach größeren Änderungen ist die neue Installation oder Teilinstallation von mit Flüssiggas betriebenen Anlagen einer Prüfung der Dichtheit und der Konformität mit der Norm NBN D 51-006 „Gasinstallation für handelsübliches Butan oder handelsübliches Propan in der reduzierten Gasphase bei einem maximalen Betriebsdruck von 5 bar - Installation von Rohrleitungen, Aufstellung und Inbetriebnahme von Verbrauchsgeräten, Artikel 1, 2 und 3“ zu unterziehen, die von einer für die Norm NBN D 51-006 zertifizierten Stelle durchgeführt wird.

Diese Dichtheits- und Konformitätsprüfung ist anschließend alle fünf Jahre von einer für die Norm NBN D 51-006 zertifizierten Stelle durchzuführen.

Die Instandhaltung der Installationen und Geräte erfolgt jährlich. Sie wird von einem zugelassenen Installateur gemäß den Bestimmungen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 29. Januar 2009 zur Verhütung der Luftverunreinigung, die durch Zentralheizungsanlagen zur Beheizung von Gebäuden oder zur Brauchwasserbereitung verursacht wird, und zur Reduzierung des Energieverbrauchs dieser Anlagen durchgeführt.

Vor Inbetriebnahme werden die Nutzgeräte von einem zugelassenen Installateur gemäß den Bestimmungen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 29. Januar 2009 zur Verhütung der Luftverunreinigung, die durch Zentralheizungsanlagen zur Beheizung von Gebäuden oder zur Brauchwasserbereitung verursacht wird, und zur Reduzierung des Energieverbrauchs dieser Anlagen eingestellt. Dieser versichert sich, dass sie ordnungsgemäß

funktionieren.

Art. 16 - Kontrolle der mit Flüssiggas betriebenen Anlagen

Gegenstand der von der für die Norm NBN D 51-006 zertifizierten Stelle durchgeführten Kontrolle sind insbesondere:

1. die Konformitätsprüfung gemäß den genannten anwendbaren Normen;
2. die Prüfung, ob die Reinigung der Brenner und die Einrichtung ihrer Funktionsweise richtig durchgeführt wurde;
3. die Prüfung der Funktionsweise der Schutz- und Regeleinrichtungen;
4. die Prüfung der Dichtheit der Anlage durch eine probeweise Unterdrucksetzung gemäß der für die Anlage anwendbaren Norm;
5. die Prüfung, ob die Reinigung der Verbrennungsgasabzüge richtig durchgeführt wurde;
6. eine Prüfung der Auslösung der Thermoelemente.

In den für eine Nachtbelegung bestimmten Räumen dürfen sich keine Flaschen mit Flüssiggas befinden.

Art. 17 - Heizgeräte

Die Heizgeräte sind so montiert, dass sie ausreichende Sicherheitsgarantien hinsichtlich der örtlichen Umstände gewährleisten.

Die festen oder beweglichen Verbrennungsgas- und Rauchabzüge sind in gutem, einwandfrei funktionsfähigem Zustand zu erhalten. Sie werden in ausreichender Distanz von brennbaren Materialien montiert, um Brandgefahr zu vermeiden. Gebrochene oder rissige Abzüge sind vor Wiedereinbetriebnahme zu reparieren oder auszuwechseln.

Nach einem Schornsteinbrand wird der Rauchabzug, in dem der Brand entstanden ist, inspiziert und gekehrt. Anschließend wird ein Dichtheitstest durchgeführt.

Art. 18 - Kontrolle der Heizgeräte

Die Zentralheizungsanlagen und Zentralklimaanlagen werden einmal jährlich von einem Fachinstallateur geprüft.

Diese Prüfung betrifft insbesondere:

1. die Kontrolle und Reinigung der Brenner;
2. die Prüfung der Schutz- und Regeleinrichtungen;
3. die Kontrolle und bei Bedarf die Reinigung der Verbrennungsgasabzüge.

Im Falle der Heizungsanlagen erfolgt die oben genannte Prüfung vor dem Einschalten der Anlagen.

Die mit festem oder flüssigem Brennstoff betriebenen Zentralheizungsanlagen stehen in Einklang mit den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 6. Januar 1978 zur Verhütung der Luftverschmutzung beim Heizen von Gebäuden mit festen oder flüssigen Brennstoffen.

Die mit festem oder flüssigem Brennstoff betriebenen Zentralheizungsanlagen sind jährlich gemäß den Bestimmungen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 29. Januar 2009 zur Verhütung der Luftverunreinigung, die durch Zentralheizungsanlagen zur Beheizung von Gebäuden oder zur Brauchwasserbereitung verursacht wird, und zur Reduzierung des Energieverbrauchs dieser Anlagen zu prüfen.

Art. 19 - Fegenachweis

Die Schornsteine werden einmal jährlich durch einen Fachbetrieb gefegt. Die Rechnung dient als Nachweis.

Art. 20 - Brandmelde-, Mitteilungs-, Warnmelde-, und Alarmanlagen

Der Betreiber setzt entsprechend der Bedeutung und der Natur der Risiken sowie unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten geeignete Warn- und Alarmmittel ein, wobei:

1. „Warnung“ die Warnung an den Betreiber und an die Feuerwehrdienste bezüglich eines vorhandenen Brandbeginns oder einer Gefahr ist; und
2. „Alarm“ die Warnung an alle Personen, die sich an einem bestimmten Ort aufhalten, diesen Ort zu verlassen, ist.

Auf jedem vermieteten Stockwerk befindet sich pro 80 m² ein Rauch- und Brandmelder. Ab vier Rauch- und Brandmeldern sind diese miteinander verbunden.

Die Geräteart und -anzahl werden aufgrund der Brandgefahr festgelegt. Die Warn- und Alarmgeräte sind funktionsfähig und in gutem Zustand, sinnvoll verteilt und deutlich gekennzeichnet.

Ist eine automatische Brandmeldeanlage mit Einzelmeldern vorgeschrieben, ist diese gemäß der Norm NBN S 21-100 „Auslegung der allgemeinen automatischen Brandmeldeanlagen mit punktförmigem Melder“ und Nachträge zu installieren.

Art. 21 - Kontrolle der Brandmelde-, Mitteilungs-, Warnmelde- und Alarmanlagen

Die allgemeinen automatischen Brandmeldeanlagen sind gemäß der Norm NBN S 21-100 abzunehmen. Die Kontrollen erfassen alle Anlagen, darunter Melder, Zentralen, Wiederholungs-Anzeigetafeln oder Regler.

Die allgemeinen automatischen Brandmeldeanlagen sind jährlich gemäß der Norm NBN S 21-100 zu warten und zu kontrollieren.

Die elektrischen Mitteilungsanlagen, die keine öffentlichen Telefonleitungen sind, sowie die elektrischen Warnmelde- und Alarmanlagen sind von einer für die Prüfung der elektrischen Installationen zertifizierten Stelle abzunehmen und alle drei Jahre zu prüfen.

Art. 22 - Brandlöschanlagen und -mittel sowie deren Kontrolle

Auf jedem vermieteten Stockwerk ist pro 150 m² ein Feuerlöscher fest installiert. Der Ort des Feuerlöschers ist mittels eines Piktogramms angegeben.

In der Küche sind ein 5 kg CO₂-Feuerlöscher und eine Löschdecke vorhanden.

Das Material zur Brandbekämpfung wird einmal jährlich gemäß der Norm NBN S 21-050 „Inspektion und Wartung von tragbaren Feuerlöschern“ von einem für die Wartung tragbarer Feuerlöscher qualifizierten Unternehmen geprüft.

Axial gespeiste Wand-Schlauchtrommeln und Wandhydranten sowie deren Zubehör und die Versorgungsleitungen werden jährlich von einer entsprechend ausgerüsteten Stelle gemäß der Norm NBN EN 671-3 „Ortsfeste Löschanlagen - Wandhydranten - Teil 3: Instandhaltung von Schlauchhaspeln mit formstabilem Schlauch und Wandhydranten mit Flachschlauch“ geprüft.

Art. 23 - Umgebung der Mitteilungs-, Warnmelde- und Brandlöschgeräte bzw. -mittel

Die Umgebung des Standorts der Mitteilungs-, Warnmelde- und Brandlöschgeräte bzw. -mittel wird jederzeit freigehalten, damit diese Geräte oder Mittel unverzüglich eingesetzt werden können.

KAPITEL 3 - AUSSTATTUNG DER BETRIEBE

Art. 24 - Fluchtwege

§1 - Die Mindestanzahl Ausgänge wird gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 7. Juli 1994 wie folgt vorgesehen:

1. Räumlichkeiten und Stockwerke, die für den Aufenthalt von mindestens 100 Personen vorgesehen sind, verfügen über mindestens zwei getrennte Ausgänge zur Straße oder zu einem Raum, von dem aus die Straße leicht erreichbar ist. Diese Ausgänge befinden sich in ausreichendem Abstand voneinander.

2. Räumlichkeiten und Stockwerke, die für den Aufenthalt von mindestens 500 Personen vorgesehen sind, verfügen über mindestens drei getrennte Ausgänge zur Straße oder zu einem Raum, von dem aus die Straße leicht erreichbar ist. Diese Ausgänge befinden sich in ausreichendem Abstand voneinander.

§2 - Die Fluchtwege sind sinnvoll im Gebäude verteilt, damit die anwesenden Personen das Gebäude zügig und mühelos verlassen können.

Zu keiner Zeit stehen verkehrshindernde Gegenstände in den Fluchtwegen.

In Gemeinschaftsräumen wie Frühstücksraum, Aufenthaltsraum, Restaurant, Seminarraum oder Festsaal ist das Mobiliar so angeordnet, dass Personen sich leicht bewegen können.

Es sind keine Spiegel in den Fluchtwegen angebracht, die die beherbergten Personen über die Richtung der Treppen und Ausgänge täuschen könnten.

Polstermöbel entsprechen den Normen NBN EN 1021-1 „Entzündbarkeit von Polstermöbeln - Teil 1: Glimmende Zigarette als Zündquelle“ und NBN EN 1021-2 „Entzündbarkeit von Polstermöbeln - Teil 2: Äquivalent einer Streichholzflamme als Zündquelle“.

Die Türen in Flucht- und Rettungswegen müssen nach Außen aufgehen.

Selbstschließende Türen, die nicht leicht manuell geöffnet werden können, sind mit einer Vorrichtung ausgestattet, die bei Ausfall der Stromversorgung dafür sorgt, dass die Tür sich automatisch öffnet und die vollständige Öffnungsbreite freigibt.

Die Blätter von Glastüren oder Glaswänden weisen auf Augenhöhe eine Markierung auf, sodass diese deutlich wahrgenommen werden können.

Alle Fluchtwege, einschließlich der Leitern, Flure und Außenfluchttreppen, sind ausreichend beleuchtet. Zulässig ist ausschließlich eine elektrische Beleuchtung.

§3 - Die Lage der Ausgänge ist deutlich sichtbar mittels Piktogrammen gemäß den Bestimmungen des Gesetzbuchs über das Wohlbefinden bei der Arbeit ausgewiesen.

Die Notbeleuchtung der Fluchtwege funktioniert mindestens eine Stunde autonom.

Art. 25 - Zugangswege

Die Gebäude sind jederzeit für Feuerwehrfahrzeuge zugänglich.

Die Zufahrtswege zu den Gebäuden sind derart angelegt, dass das Abstellen, der Einsatz und die Handhabung der Feuerwehrfahrzeuge leicht erfolgen kann.

Nähere Angaben hinsichtlich der Zugänglichkeit liegen im Ermessen des Brandschutzexperten der zuständigen Hilfeleistungszone.

Art. 26 - Küchen, Kochgeräte und Geräte zum Erhitzen von Flüssigkeiten

Kochgeräte und Geräte zum Erhitzen von Flüssigkeiten sind in ausreichendem Abstand von jeglichem brennbaren Material angeordnet oder dagegen isoliert.

Außerhalb der Küche ist die Benutzung von Kochgeräten und Geräten zum Erhitzen von Flüssigkeiten nur zulässig, wenn diese Geräte mit Strom betrieben werden und ausreichende Sicherheitsgarantien bieten.

Mit Brennstoff gespeiste bewegliche Geräte in Innenräumen dürfen die Brennstoffmenge von 3 Kilogramm oder 1 Liter nicht übersteigen.

Leere Behälter und Vorratsbehälter werden im Freien oder in einem speziell hierfür eingerichteten Raum gelagert. Dieser Raum enthält keine brennbaren Materialien und ist mit einer unteren und einer oberen Belüftung versehen.

Putztücher und selbstentzündbarer oder leicht brennbarer Abfall sind in geeignete, mit einem Deckel versehene metallische Behälter zu entsorgen.

Art. 27 - Heizungsräume

Der Heizkessel ist in einem Heizungsraum aufgestellt, wo jegliche Lagerung von brennbaren Stoffen untersagt ist. Die Heizungsräume sind gut belüftet.

Art. 28 - Brennstofflagerung

Flüssigbrennstoffe oder Flüssigpropangas sind außerhalb der Räume, zu denen die Gäste Zugang haben, sowie außerhalb der Arbeitsräume gelagert.

Ortsbewegliche Flüssigpropangasbehälter sind verboten, sowohl in unterirdischen Räumen als auch in Räumen, deren Grund von allen Seiten unter der Erdoberfläche liegt, die das Gebäude umgibt, gelegentliche Arbeiten ausgeschlossen.

Ortsbewegliche Flüssigpropangasbehälter, die sich nicht im Betrieb befinden und als leer angesehene Behälter werden im Freien oder in einem wirkungsvoll belüfteten und speziell hierfür vorbehaltenen Raum gelagert.

Art. 29 - Personen- und Lastaufzüge

Die Personen- und Lastenaufzüge werden gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 9. März 2003 über die Sicherheit von Aufzügen betrieben und überprüft.

KAPITEL 4 - BETRIEBSVORSCHRIFTEN

Art. 30 - Information der Gäste und des Personals über Brandschutz und Brandbekämpfung

An zentraler Stelle im Gebäude informiert ein Aushang in den Landessprachen und in Englisch über das korrekte Verhalten im Brandfall. Der Aushang enthält auch alle Notrufnummern.

Art. 31 - Brandmeldung

Jeder Brandbeginn ist den Notdiensten über die einheitliche Notruf-Nummer 112 unverzüglich zu melden.

Die für die Öffentlichkeit bestimmten Gebäude und Einrichtungen sind über einen festen, im Notfall zugänglichen Telefonanschluss mit dem Telefonnetz verbunden. Ausnahmen sind nur möglich, wenn eine stabile Mobilfunkverbindung garantiert werden kann.

Art. 32 - Sicherheitshinweise und Pläne

Auf jedem Stockwerk ist ein Grundriss des Gebäudes sichtbar für die Rettungsdienste angebracht, der insbesondere die folgenden Standorte kennzeichnet:

1. Treppen- und Evakuierungswege;
2. Feuerlöschmittel;
3. Elektrische Einrichtung bzw. Stromverteilung;
4. ggf. Anlagen und Räume mit einem besonderen Risiko.

Art. 33 - Information des Personals über Brandschutz und Brandbekämpfung

Das Personal ist in der Bedienung der Feuerlöschmittel geübt und über die Einsatzbedingungen informiert. Das Personal absolviert ferner eine allgemeine Ausbildung auf dem Gebiet der Schadensverhütung.

Das gesamte Personal kennt die Funktion und die Auslegung der Signale der Brandmeldeanlage.

In den touristischen Unterkünften ist die Dienstorganisation so vorzusehen, dass eine derart ausgebildete Person jederzeit anwesend oder zumindest telefonisch erreichbar ist.

Praktische Übungen zur Einweisung des Personals über die Vorgehensweise im Brandfall werden einmal jährlich vom Betreiber bzw. der Geschäftsleitung organisiert.

Art. 34 - Hinweise für Personal und Gäste

Gut sichtbare Hinweise in ausreichender Anzahl informieren:

1. das Personal über das Verhalten im Brandfall, insbesondere
 - a) über den Einsatz der Warmmelde-, Alarm- und Brandlöschgeräte bzw. -mittel;
 - b) über die zu treffenden Vorkehrungen, um die Sicherheit der Gäste, des Personals und ggf. der Öffentlichkeit zu gewährleisten;
 - c) die zu treffenden Vorkehrungen, um den Einsatz der Feuerwehrdienste zu erleichtern;
2. die Gäste über den Alarm, damit sie das entsprechende Signal erkennen können.

Die Betreiber halten eine Liste mit den geschulten Personalmitgliedern zur Verfügung.

Art. 35 - Schutz gegen Sturzgefahr

Die Treppen sind mit festen Handläufen in einer Mindesthöhe von 0,75 m auf der Seite mit eventueller Sturzgefahr versehen. Wenn die Treppen eine Breite von über 1,20 m haben oder wenn Sturzgefahr auf beiden Seiten besteht, sind die Handläufe zweifach vorzusehen.

Die Brüstungen sind so ausgeführt, dass Kinder nicht zwischen die Brüstungselemente passen. Dasselbe gilt für Handläufe bei Sturzgefahr.

Art. 36 - Verschiedene Bestimmungen

Der Betreiber sorgt dafür, dass Unbefugte keinen Zutritt zu den technischen Räumen haben.

Es ist verboten zu rauchen, sich mit entzündeten Gegenständen zu nähern oder Feuer in weniger als 5 m Abstand zu Flüssiggasbehältern und in weniger als 2,5 m Abstand zu den beweglichen, solche Gase enthaltenden Behältern zu entfachen. Auf dieses Verbot ist hinzuweisen.

Fest installierte Nutzgeräte sind mit einer Bedienungsanleitung in den Landessprachen und Englisch zu versehen, aus der alle erforderlichen Angaben für einen sicheren und sachgemäßen Betrieb des Geräts hervorgehen. Der Betreiber stellt den Nutzern diese Hinweise zur Verfügung.

KAPITEL 5 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 37 - Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt am 1. Mai 2023 in Kraft.

Art. 38 - Durchführungsbestimmung

Der für Tourismus zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

Isabelle
Weykmans

Digital unterschrieben
von Isabelle Weykmans
Datum: 2023.04.11
14:36:28 +02'00'

Anhang 1 zum Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus in Bezug auf die spezifischen Sicherheitsnormen für touristische Unterkünfte

Spezifische Sicherheitsnormen für touristische Unterkünfte, deren maximale Kapazität 10 Personen übersteigt

KAPITEL 1 - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Anwendungsbereich

Die Bestimmungen des vorliegenden Anhangs legen zusätzlich spezifische Sicherheitsnormen für die touristischen Unterkünfte gemäß Artikel 9 des Dekrets vom 23. Januar 2017 in bestehenden Gebäuden fest, deren maximale Kapazität 10 Personen übersteigt.

Art. 2 - Feuerwiderstandsdauer

Die Feuerwiderstandsdauer der Bauelemente wird aufgrund einer der nachstehenden Kriterien beurteilt:

1. die Prüfung eines artgleichen Elementes gemäß der Norm NBN 713-020 „Brandschutz - Brandverhalten der Baustoffe und -teile - Feuerwiderstand der Bauteile“;
2. die Beschreibung der Zusammensetzung der Bauelemente und -stoffe, die beispielsweise mit einem Klassifizierungsbericht oder einer Probe belegt wird.

Mangels eines Übereinstimmungsbeweises wird darauf geschlossen, dass den Anforderungen bezüglich des Feuerwiderstandes nicht entsprochen ist.

Die Durchbrüche und Aussparungen in Wänden, für die eine Feuerwiderstandsdauer verlangt wird, werden mit Elementen verschlossen, deren Feuerwiderstandsdauer-Wert demjenigen der Wand entspricht.

KAPITEL 2 - GEBÄUDE UND GEBÄUDEUNTERTEILUNG

Art. 3 - Gebäude

Das Gebäude, in dem sich die touristische Unterkunft befindet, ist von angrenzenden Gebäuden durch Wände getrennt, die mindestens die folgende Feuerwiderstandsdauer aufweisen:

- 30 Minuten für die Gebäude der Kategorie 1;
- 60 Minuten für die Gebäude der Kategorien 2 und 3.

Anbauten, Dachübergänge, Vordächer oder Auskragungen sind nur zulässig, wenn sie die Evakuierung, die Sicherheit der Benutzer und den Einsatz der Feuerwehrdienste nicht behindern.

Sind verschiedene Gebäude eines Gebäudekomplexes durch überdachte und geschlossene Gänge miteinander verbunden, sind ihre Öffnungen mit selbstschließenden oder im Brandfall automatisch schließenden Türen mit einer Feuerwiderstandsdauer von mindestens 30 Minuten ausgerüstet.

Art. 4 - Unterteilungen

Eine bebaute Ebene, die keine normale Evakuierungsebene ist, besteht aus einem oder mehreren Unterteilungen, wobei

1. die Fläche einer Unterteilung höchstens 1.250 m² beträgt;
2. die Länge einer Unterteilung dem Abstand zwischen den zwei entferntesten Punkten der Unterteilung entspricht und höchstens 75 m beträgt.

In Abweichung von Absatz 1:

1. sind die genannten Vorschriften sind nicht auf mehrgeschossige Parkhäuser anwendbar;
2. kann sich eine Unterteilung über zwei übereinanderliegende Stockwerke mit einer Verbindungstreppe (Duplex) erstrecken, insofern beide Stockwerke 700 m² Fläche nicht überschreiten. Ist die Gesamtfläche größer als 700 m², verfügt jede Ebene über einen zweiten Evakuierungsweg, wie etwa ein Treppenhaus.

Art. 5 - Bau der Unterteilung

Die Wände zwischen den Unterteilungen weisen mindestens die folgende Feuerwiderstandsdauer auf:

- 30 Minuten für die Gebäude der Kategorie 1;
- 60 Minuten für die Gebäude der Kategorien 2 und 3.

Die Verbindung zwischen zwei Unterteilungen ist nur mittels selbstschließenden oder im Brandfall automatisch schließenden Türen mit einer Feuerwiderstandsdauer von mindestens 30 Minuten zulässig.

Vertikale Wände, Innenräume und Türen entsprechen folgendem Retentionsfaktor (Rf)-Wert:

1. für die Wände zwischen den Abteilen: einem Rf-Wert von 60 Minuten;
2. für die Wände der Rettungswege und die Türen, die den Zugang zu ihnen ermöglichen: einem Rf-Wert von 30 Minuten;
3. für die Innenwände, die Schlafräume, Schlafsäle oder Wohnungen begrenzen: einem Rf-Wert von 30 Minuten.

Türen werden in geschlossenem Zustand beansprucht. Ausgenommen sind Türen, die zu einem Schlafzimmer, Schlafsaal oder einer Wohnung führen.

In Fluchtwegen, Versammlungsräumen, Restaurants und Küchen weisen Unterdecken einen Feuerwiderstand (EI1) von 30 auf.

Die Aufhängungselemente von Zwischendecken sowie von Geräten und anderen aufgehängten Gegenständen, wie etwa Beleuchtungskörper, Luftkanäle oder Rohre, werden mit einem normalen Sicherheitskoeffizienten berechnet, um einer Umgebungstemperatur von mindestens 100°C standzuhalten.

Gemeinschaftsküchen, die eventuell ein Restaurant umfassen, sind von den anderen Gebäudeteilen durch Wände getrennt, die einen Feuerwiderstand (EI1) von 60 aufweisen.

Jede Verbindung erfolgt über eine selbstschließende oder bei Feuerausbruch automatisch schließende Tür mit einem Feuerwiderstand (EI1) von 30. Diese Türen öffnen sich von der Küche aus nach Außen.

Ist die Küche vom Restaurant abgeteilt, erfüllen die waagerechten und senkrechten Geschirrtransportanlagen zwischen der Küche und dem Restaurant folgende Bedingungen:

1. wenn der Transport durch andere Räume führt, erfolgt er in Schächten, deren Wände einen Feuerwiderstand (EI1) von 60 aufweisen;
2. das Transportsystem wird auf Höhe der Abteilungswand mit einer Vorrichtung abgedichtet, die einen Feuerwiderstand (EI1) von 60 aufweist.

Ist die Küche nicht vom Restaurant abgeteilt, ist jedes ortsfeste Frittiergerät mit einer ortsfesten automatischen Löscheinrichtung versehen, die an eine Vorrichtung gekoppelt ist, die die Energiezufuhr zum Frittiergerät unterbricht.

Art. 6 - Überdachte Parkplätze

Die Wände, die die überdachten Parkplätze vom restlichen Gebäude trennen, weisen mindestens die folgende Feuerwiderstandsdauer auf:

- 30 Minuten für die Gebäude der Kategorie 1;
- 60 Minuten für die Gebäude der Kategorien 2 und 3.

Die Verbindung zwischen den überdachten Parkplätzen und dem übrigen Gebäudeteil erfolgt nur durch selbstschließende oder im Brandfall automatisch schließende Türen mit einer Feuerwiderstandsdauer von mindestens 30 Minuten.

KAPITEL 3 - EVAKUIERUNG

Art. 7 - Evakuierungsmöglichkeiten

Jede Unterteilung verfügt über mindestens zwei Evakuierungsmöglichkeiten im Brandfall.

Die erste Evakuierungsmöglichkeit besteht aus einer Treppe.

Die zweite Evakuierungsmöglichkeit kann wie folgt vorgesehen werden:

1. für die Gebäude der Kategorie 1:
 - a) eine weitere Treppe;
 - b) Außenleitern, deren Bauart Artikel 13 entspricht;
 - c) ein öffnendes Fenster pro Zimmer, wenn der Fußboden des Zimmers sich ungefähr auf der Ebene des natürlichen Bodens befindet. Darüber hinaus darf die Fensterschwelle sich höchstens 1,5 m über dem Fußboden befinden.
2. für die Gebäude der Kategorien 2 und 3:
 - a) eine weitere Treppe;
 - b) sollte diese nicht möglich sein, Außenleitern, deren Bauart Artikel 13 entspricht.

Die Entfernung bis zur nächstgelegenen Treppe beträgt nicht mehr als 30 m. Die Entfernung bis zur nächsten Evakuierungsmöglichkeit beträgt nicht mehr als 60 m.

Art. 8 - Standort und Verteilung der Evakuierungswege

Die Zimmer, die in den oberen Stockwerken und im Untergeschoss für die Gäste zugänglich sind, sind:

1. über mindestens eine Treppe zu erreichen, ungeachtet des Vorhandenseins anderer Zugangsmöglichkeiten;
2. bei Gebäuden der Kategorien 2 und 3 über mindestens zwei Treppen zu erreichen.

Die Zimmer und für die Gäste zugänglichen Räume führen direkt auf einen Evakuierungsweg. Die Verbindung zwischen und zu den Treppenhäusern ist durch Fluchtwege oder Außengänge gewährleistet.

Art. 9 - Breite der Fluchtwege

Die Nutzbreite der Ausgangstüren beträgt mindestens 0,80 m.

Die Breite der Fluchtwege, Rettungswege und Rettungsausgänge ist gleich oder größer als 0,80 m bei einer Mindesthöhe von 2 m. Deren gesamte Mindestnutzbreite entspricht 1 cm pro Person der Anzahl der Personen, die sie im Falle einer Evakuierung benutzen.

Die öffentlich zugänglichen Treppenanlagen weisen eine Gesamtnutzbreite auf, die zentimetermäßig mindestens der Anzahl der Personen entspricht, die sie benutzen sollen, multipliziert mit 1,25, wenn sie zu den Ausgängen hinunterführen, und multipliziert mit 2, wenn sie zu den Ausgängen hinaufführen, wobei sie mindestens 1 m beträgt.

Wenn die Anzahl dieser Person nicht hinreichend abgeschätzt werden kann, legt der Betreiber sie eigenverantwortlich fest.

Art. 10 - Türen

Automatischen Schiebetüren sind nur für direkte Ausgänge ins Freie zulässig, wenn sich die Schiebeelemente unter einfachem Druck in Flügeltüren umwandeln lassen.

Drehtüren und Drehkreuze sind nicht zulässig, außer wenn sie zusätzlich zu den zwingend vorgeschriebenen Ausgängen hinzukommen.

Rolltreppen müssen sofort durch einen oberhalb und unterhalb der Treppe angebrachten Bedienungsschalter angehalten werden können.

KAPITEL 4 - TREPPEN

Art. 11 - Treppen

Die Treppen sind an jeder Seite auf einer Höhe von mindestens 0,75 m mit einem sicher befestigten Handlauf versehen, der auch gegebenenfalls um die Podeste läuft. Ihre Nutzbreite beträgt mindestens 0,80 m. Bei Treppen mit einer Nutzbreite unter 1,20 m reicht ein einziger Handlauf aus.

Die Stufentiefe beträgt mindestens 20 cm auf der Trittfläche. Die Tritte haben volle Setzstufen.

Die Treppen der Gebäude der Kategorie 3, mit Ausnahme der inneren Verbindungstrep-
pen in Duplexwohnungen, erfüllen außerdem folgende Bedingungen:

1. die Treppenläufe sind geradlinig, liegen übereinander und haben höchstens 17 Stufen;
2. die Stufentiefe beträgt an allen Punkten mindestens 25 cm;
3. die Stufenhöhe beträgt nicht mehr als 18 cm;
4. die Trittstufen stehen höchstens 5 cm über den Setzstufen über;
5. der Steigungswinkel beträgt nicht mehr als 37 Grad.

Art. 12 - Außentreppen

Die Außentreppen erfüllen folgende Bedingungen:

1. die Stufen sind rutschfest;
2. die Treppe ist geradläufig;
3. die Trittfläche der Stufen beträgt überall mindestens 20 cm;
4. die Stufenhöhe beträgt nicht mehr als 18 cm;
5. der Steigungswinkel beträgt nicht mehr als 37 Grad.

Es ist keine Feuerbeständigkeit erforderlich, aber das verwendete Material gehört der Klasse A1 an. Die Treppen sind mit Handläufen versehen.

Art. 13 - Außenleiter

Die Außenleitern sind fest verankert. Sie sind ausziehbar oder nicht und münden in Stellen, wo die Gäste sich in Sicherheit bringen können. Die Leiter ist für die anwesenden Personen leicht zugänglich und weist eine Plattform mit mindestens 1 m hohen Geländern auf.

Art. 14 - Innentreppenhäuser

Alle Innentreppen, die einzelne Unterteilungen verbinden, sind zu umschließen.

Die Innenwände der Treppenhäuser weisen eine Feuerwiderstandsdauer von mindestens 60 Minuten auf oder bestehen aus Mauerwerk oder Beton. Die Zugangstüren weisen eine Feuerwiderstandsdauer von 30 Minuten auf und sind mit einer automatischen Schließvorrichtung für den Brandfall ausgestattet.

In Abweichung von Absatz 1 brauchen die Innentreppen in folgenden Gebäuden nicht umschlossen zu sein:

1. Gebäude mit nur einem Stockwerk über der normalen Fluchtebene und deren Gästezahl auf 20 begrenzt ist;
2. Gebäude mit nur zwei Stockwerken über der normalen Fluchtebene und deren Gästezahl auf 20 begrenzt ist. In diesem Fall sind jedoch alle Zimmer unmittelbar für die Feuerwehrdienste erreichbar.

Bei Gebäuden der Kategorien 1 und 2 und insofern nur 10 Zimmer pro Stockwerk für höchstens 20 Personen vorhanden sind, können die Mauern und Eingangstüren dieser Zimmer die Umschließung des Treppenhauses bilden. In diesem Fall brauchen die Feuerwiderstandsdauer-Türen der Zimmer nicht mit einer automatischen Schließvorrichtung ausgestattet zu sein.

Die Treppenhäuser führen zu einer Evakuierungsebene.

Eine Belüftungsöffnung ins Freie befindet sich im oberen Bereich des jeweiligen Treppenhauses. Diese Öffnung mit einem Querschnitt von 1 m² kann waagrecht, senkrecht oder schräg angebracht sein.

Art. 15 - Zugang zum Außenfluchtweg

Abgesehen von Feuerlöschern, Löschleitungen, elektrischen Leitungen der Sicherheitsbeleuchtungen, Leucht- und Heizkörpern befinden sich keine weiteren Gegenstände in den Treppenhäusern oder erschweren den Zugang.

Art. 16 - Kennzeichnung

Jedem Stockwerk wird eine Nummer unter Berücksichtigung der folgenden Vorschriften zugeteilt:

1. die Nummern folgen sich;
2. die normale Evakuierungsebene trägt die Nummer 0;
3. die Ebenen unter der normalen Evakuierungsebene tragen eine negative Nummerierung;
4. die Ebenen über der normalen Evakuierungsebene tragen eine positive Nummerierung.

Die Nummer jedes Stockwerks ist sichtbar an der Innen- und Außenwand der Treppensabsätze, Treppen oder Treppenhäuser angebracht. In der Aufzugskabine oder von der Aufzugskabine aus ist die Nummer des Stockwerkes an jeder Haltestelle sichtbar.

Ausgänge und Notausgänge sowie die dahin führenden Wege, Flure und Treppen sind mit den Piktogrammen gemäß den Bestimmungen des Gesetzbuchs über das Wohlbefinden bei der Arbeit ausgewiesen.

In Aufzügen ist die laufende Stockwerknummer neben den entsprechenden Bedienungsknöpfen anzugeben. Zusätzlich wird neben den Nummern der Stockwerke, auf denen sich die Ausgänge bzw. Notausgänge befinden, ein Notschild gemäß den Bestimmungen von Buch III des Gesetzbuchs über das Wohlbefinden bei der Arbeit angebracht.

KAPITEL 5 - ANFORDERUNGEN IN BEZUG AUF DAS BRANDVERHALTEN

Art. 17 - Verkleidungen

Für die Erneuerung von vorhandenen Wandverkleidungen sind die Anforderungen der Anlage 5 des Königlichen Erlasses vom 7. Juli 1994 anwendbar.

Für die Erneuerung von vorhandenen Wandverkleidungen oder der Erweiterung eines bestehenden Gebäudes ist die Verwendung von Holzbrettern als Dekorationselemente unter der Voraussetzung zulässig, dass der Brandschutz der Holzbretter durch Beschichtung oder Behandlung gewährleistet ist und die Bretter an einem nicht brennbaren A0-Element befestigt werden. Ihre Verwendung ist in Fluchtwegen und Gemeinschaftsküchen verboten.

Art. 18 - Wärme- und Schallschutz

Eine Dämmung, die nicht der nicht brennbaren Klasse A0 angehört, ist zwingend allseitig mit Materialien der Klasse A0 zu verkleiden.

In Abweichung von Absatz 1 kann eine Dämmung, die nicht der Klasse A0 angehört, mit der Genehmigung der zuständigen Hilfeleistungszone allseitig mit Materialien der Klasse A1 verkleiden werden.

KAPITEL 6 - RAUMHEIZUNG UND BRENNSTOFFZULEITUNG

Art. 19 - Heizungsraum

Die Mauern, Wände, Böden und Decken der Heizungsräume weisen eine Feuerwiderstandsdauer von mindestens 60 Minuten auf. Bei Einsatz von flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen wird jede Verbindung zwischen Heizungsraum und Gebäude sowie zwischen Heizungsraum und Brennstofflager mit einer Tür mit einem Feuerwiderstand (EI1) von 30 verschlossen.

Diese Türen schließen automatisch. Sie dürfen nicht über eine Vorrichtung verfügen, durch die sie offengehalten werden können. Es ist untersagt, sie in offener Stellung zu halten.

Art. 20 - Heizgeräte

Die Wärmeerzeuger mit automatischer Zündung unter Verwendung eines flüssigen oder gasförmigen Brennstoffs sind so ausgestattet, dass die Brennstoffzufuhr in folgenden Fällen automatisch unterbrochen wird:

1. während des automatischen oder nicht automatischen Abschaltens des Brenners;
2. bei zufälligem Erlöschen der Flamme;
3. bei Überhitzung oder Überdruck des Wärmetauschers;
4. bei Unterbrechung der Stromversorgung im Falle der Flüssigbrennstoff-Wärmeerzeuger.

Die Heißluftheizanlagen erfüllen folgende Bedingungen:

1. die Lufttemperatur an den Abgabestellen beträgt höchstens 80°C;
2. die Heißluftzufuhrkanäle sind vollständig aus nicht brennbaren Materialien hergestellt;
3. wenn der Heißluftgenerator sich in einem Heizungsraum befindet;
 - a) darf die zu wärmende Luft nicht aus diesem Heizungsraum oder seinen Nebenräumen abgesaugt werden;
 - b) sind die Luft-, Einlass- und Auslassöffnungen mit wirksamen Staubfiltern versehen, die keine brennbaren Dämpfe abgeben können.

Wenn die Luft unmittelbar im Generator erwärmt wird, ist der Heißluftdruck darin stets größer als der Druck des Gases in der Feuerungsanlage.

In den Zimmern sind elektrische Heizgeräte zulässig mit Ausnahme derjenigen, die einen sichtbaren Widerstand haben. Einzelne Verbrennungsgeräte sind untersagt.

Im Falle der Verwendung von Umluft-Elektrospeicherheizgeräten beträgt die Lufttemperatur an den Abgabestellen höchstens 80°C. Diese Geräte erfüllen die Anforderungen der CE-Kennzeichnung.

Art. 21 - Gasversorgungsleitung

Wenn das Gebäude, in dem sich die touristische Unterkunft befindet, Gasversorgungsanlagen enthält, entsprechen diese der Norm NBN D 51-003:2010+A2:2021 und der Norm NBN D 51-006.

Art. 22 - Gasbetriebene Geräte

Die gasbetriebenen Geräte, wie Heizung, Leitungswasseraufbereitung oder Küche, genügen den Vorgaben der belgischen Normen und den Bestimmungen der entsprechenden Vorschriften. Diese Geräte erfüllen die Anforderungen der CE-Kennzeichnung.

Art. 23 - Erdgas

Alle Erdgaszähler entsprechen der Norm NBN D 51-003:2010+A2:2021 und der Norm NBN D 51-004.

Die Zähler sind in einem geschlossenen Raum angebracht, der ausschließlich hierzu bestimmt ist und aus nicht brennbaren Werkstoffen errichtet ist. Der Raum ist mit einer ausreichenden direkten Oberbelüftung nach außen versehen.

Art. 24 - Flüssiggas

Die mit Flüssiggas betriebenen Anlagen entsprechen der Norm NBN D 51-006.

Die Vorratslager mit ortsfesten Tanks entsprechen den Bestimmungen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 7. Juli 2005 zur Bestimmung der gesamten Bedingungen in Bezug auf die Lager für flüssiges Erdölgas in "größeren Behältern" und werden demgemäß geprüft.

Art. 25 - Sicherheitsmaßnahmen für bewegliche Behälter

Die beweglichen Behälter werden nicht innerhalb der Gebäude gelagert mit Ausnahme derjenigen, deren Brennstoffmenge 3 Kilogramm nicht übersteigt. Außerhalb der Gebäude werden sie mit einem Mindestabstand von 1,50 m von den Fenstern und 2,50 m von den Türen gelagert.

Die beweglichen Behälter und deren Armaturen sind gegen Witterungseinflüsse geschützt.

KAPITEL 7 - AUSSTATTUNG DER BETRIEBE

Art. 26 - Personen- und Lastenaufzüge

Vorbehaltlich der anwendbaren allgemeinen oder besonderen Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 9. März 2003 über die Sicherheit von Aufzügen sind die Personen- und Lastenaufzüge, die aus einem oder mehreren Schächten bestehen, durch Wände abgegrenzt, die für alle Kategorien eine Feuerwiderstandsdauer von mindestens 60 Minuten aufweisen.

Die Aufzugstüre selbst weist eine Flammen-Undurchlässigkeit von mindestens 30 Minuten auf.

Art. 27 - Aufzüge mit Prioritätsruf

In jedem Gebäude der Kategorie 3 befindet sich ein Aufzug mit Prioritätsruf. Dieser Aufzug mündet in eine Evakuierungsebene, die für die Feuerwehrdienste leicht zugänglich ist. Wenn ein und derselbe Abschnitt mehrere Aufzugsgruppen aufweist, hat jede Gruppe einen prioritären Aufzug.

Diese Bedingung wird erfüllt:

1. entweder durch einen Aufzug, der zur Evakuierungsebene und zu allen darüber liegenden Stockwerken führt;
2. oder durch mehrere Aufzüge, die jeweils zur Evakuierungsebene und zu einem Teil der darüber liegenden Stockwerke führen, vorausgesetzt, dass durch die gesamten Aufzüge mit Prioritätsrufe alle Unterteilungen des Gebäudes erreicht werden können.

Auf der Aufzugsetage der Evakuierungsebene befindet sich ein Schalter „Feuerwehr“ für den Prioritätsruf der Aufzüge. Dieser Schalter befindet sich in einem mit einer Glasscheibe versehenen Kasten. Mit diesem Schalter wird die Kabine des prioritären Aufzugs nach dem

Anhalten der Evakuierungsebene zurückgerufen. Diese kann genutzt werden, ohne auf die Außenrufe zu antworten.

Art. 28 - Elektrische Anlagen für Kraftstrom, Beleuchtung und Beschilderung

Folgende Installationen müssen in Betrieb gehalten werden, auch bei Ausfall der Energieversorgung:

1. die Melde-, Warn- und Alarmanlagen;
2. die Rauch- und Wärmeabzugsanlagen;
3. die Maschinerie der Aufzüge mit Prioritätsrufanlage;
4. die Brandschutzpumpen.

Der Betrieb ist für 60 Minuten garantiert. Die Stromleitung zur Versorgung der genannten Installationen weist eine Feuerwiderstandsdauer von mindestens 60 Minuten auf.

Diese Notversorgung greift innerhalb von 30 Sekunden.

Art. 29 - Sicherheitsbeleuchtung

Die großen Gemeinschaftsräume, wie Speisesäle, Speiselokale, Küchen, Versammlungsräume oder Entspannungsräume, die Fluchtwege und -möglichkeiten, die Treppen, die Aufzugskabinen, die Heizungsräume und die Räume für Notstromaggregate sind mit einer Sicherheitsbeleuchtung ausgerüstet.

Sicherheitsbeleuchtungsanlagen und -geräte entsprechen den folgenden Normen:

- NBN C 71-100 „Elektrische Beleuchtungskörper und Zubehör - Sicherheitsbeleuchtung - Installationsregeln und Anweisungen für Kontrolle und Unterhalt“;
- NBN C 71-598-222 „Beleuchtung Teil 2: Besondere Anforderungen - Leuchten für Notbeleuchtung“; und
- NBN L 13-005 „Sicherheitsbeleuchtung in Gebäuden - Photometrische und kolorimetrische Vorschriften“.

Bei Erneuerung der Anlage bzw. der Geräte entspricht die Sicherheitsbeleuchtung den folgenden Normen:

- NBN EN 1838 „Notbeleuchtung“;
- NBN EN 60598-2-22 „Beleuchtung Teil 2-22: Besondere Anforderungen - Leuchten für Notbeleuchtung“; und
- NBN EN 50172 „Notbeleuchtungssysteme für Rettungswege“.

Art. 30 - Warnmeldung und Alarm

Die Warn- und Alarmsignale sind weder untereinander noch mit anderen Signalen verwechselbar. Sie müssen von allen Betroffenen wahrgenommen werden können.

Die erforderlichen Druckknöpfe sind an gut sichtbaren und zugänglichen Stellen installiert. Die Verkabelung weist eine Feuerwiderstandsdauer von mindestens 60 Minuten auf.

Art. 31 - Löschmittel

Löschmittel umfassen automatische oder nichtautomatische Geräte oder Anlagen.

Die Feuerlöscher sind für den Notfall und demnach hauptsächlich für eine Benutzung durch das Personal und die Gäste bestimmt.

Die Feuerlöscher entsprechen den Normen der Serie NBN EN 3 „Tragbare Feuerlöscher“, die Wand-Schlauchtrommeln entsprechen der Norm NBN EN 671-1 „Ortsfeste Löschanlagen - Wandhydranten - Teil 1 Schlauchhaspeln mit formstabilem Schlauch“ und die Wandhydranten entsprechen der Norm NBN EN 671-2 „Ortsfeste Löschanlagen - Wandhydranten - Teil 2 Wandhydranten mit Flachschlauch“.

Löscher und Mauerhaspeln, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in der Türkei oder in einem EFTA-Staat, der Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, rechtmäßig hergestellt und/oder in Verkehr gebracht werden und ein Schutzniveau bieten, die dem in diesen Normen vorgeschriebenen entspricht, sind ebenfalls zulässig.

Art. 32 - Axial gespeiste Wand-Schlauchtrommeln und Wandhydranten

Wenn axial gespeiste Wand-Schlauchtrommeln als Feuerlöschmittel gewählt werden, sind sie in einer Anzahl und an solchen Stellen installiert, dass die zu schützenden Fläche von dem Strahl eines Wasserwerfers erreicht werden.

Wenn axial gespeiste Schlauchhaspeln mit Wandhydranten als Feuerlösch- und Notfallmittel gewählt werden, entsprechen sie folgenden Regeln:

1. sie sind zusammengefasst und haben eine gemeinsame Wasserversorgung;
2. sie sind in einer Anzahl und an solchen Stellen installiert, dass die zu schützenden Fläche von dem Strahl eines Wasserwerfers erreicht werden;
3. sie entsprechen der Norm NBN EN 671-1 und NBN EN 671-2.

In Gebäuden der Kategorie 3 ist mindestens ein Wandhydrant der Norm NBN EN 671 auf jedem Stockwerk angebracht.

Der Durchmesser der Versorgungsleitung beträgt mindestens 70 mm. Der Restdruck des am meisten benachteiligten Hydranten beträgt mindestens 2,5 bar, wenn er eine Leistung von 500 l/min ohne Schlauch und Strahlrohr erbringt.

Die Geräte werden mit Druckwasser ohne vorherigen Vorgang versorgt. Die Versorgungsleitungen im Gebäude sind aus Edelstahl, aus galvanisiertem Stahl oder aus Kupfer. Sie sind sorgfältig gegen Frost geschützt.

Art. 33 - Löschwasserversorgung

Die Löschwasserversorgung ist ausreichend. Sie kann durch fließendes oder stehendes Wasser oder über das öffentliche Versorgungsnetz sichergestellt werden. In letzterem Fall sind Anzahl und Standort der Hydranten derart, dass der nächste Hydrant sich weniger als 100 m vom Gebäudeeingang befindet.

Eine Kennzeichnung gemäß dem Ministeriellen Rundschreiben vom 14. Oktober 1975 über Wasservorräte zur Brandlöschung ist vorgesehen.

Erfolgt die Versorgung mit fließendem oder stehendem Wasser, so beträgt das Wasservorratsvolumen mindestens 50 m³ für die Gebäude der Kategorie 1 und 2 und 100 m³ für die Gebäude der Kategorie 3.

KAPITEL 8 - UNTERHALT UND KONTROLLE

Art. 34 - Elektrische Anlagen für Kraftstrom, Beleuchtung und Beschilderung

Die elektrischen Anlagen werden durch einen vom Föderalen Öffentlichen Dienst Wirtschaft anerkannten Dienst gemäß den in der Allgemeinen Arbeitsschutzordnung vorgegebenen Modalitäten untersucht:

1. bei ihrer Inbetriebnahme und nach größeren Änderungen;
2. einmal jährlich für alle Anlagen.

Zusätzlich zu den Bestimmungen des Artikel 28 der Allgemeinen Arbeitsschutzordnung werden diese Auflagen auf alle durch den vorliegenden Anhang betroffenen Einrichtungen erweitert, ob sie Personal beschäftigen oder nicht.

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus in Bezug auf die spezifischen Sicherheitsnormen für touristische Unterkünfte beigefügt zu werden.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

Isabelle
Weykmans

Digital unterschrieben
von Isabelle Weykmans
Datum: 2023.04.11
14:37:03 +02'00'

Anhang 2 zum Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus in Bezug auf die spezifischen Sicherheitsnormen für touristische Unterkünfte

Spezifische Sicherheitsnormen für Campingplätze

KAPITEL 1 - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Anwendungsbereich

Die Bestimmungen des vorliegenden Anhangs legen zusätzlich spezifische Sicherheitsnormen für die touristischen Unterkünfte der Kategorie Campingplatz gemäß Artikel 9 Nummer 5 des Dekrets vom 23. Januar 2017 fest.

KAPITEL 2 - ÖFFENTLICH ZUGÄNGLICHE GEBÄUDE

Art. 2 - Auf Umkleide-, Sanitär- oder Duschräume anwendbare Bestimmungen

Für freistehende Gebäude, die lediglich als Umkleide-, Sanitär- oder Duschaum dienende Räume aufweisen, sind ausschließlich die Artikeln 7, 11, 13, 27 §2 und 18 des vorliegenden Anhangs anwendbar.

Dies gilt auch für die Anordnungen von als Umkleide-, Sanitär- oder Duschaum dienenden Räume, die an öffentlich zugängliche Gebäude angrenzen, wenn sie von diesen durch Rf-Elemente getrennt sind.

Art. 3 - Maximale Gesamtbelegungsdichte

In den für die Gäste zugänglichen Räumen wird die theoretische Gesamtbelegungsdichte nach Maßgabe der Kriterien gemäß Anlage 1 des Königlichen Erlasses vom 7. Juli 1994 bestimmt.

Für Gemeinschaftsräume wie Café, Getränkeausschank, Restaurant, Versammlungsraum oder Festsaal wird die theoretische Gesamtbelegungsdichte mit einer Person pro m² Gesamtbodenfläche der öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten ermittelt.

Die maximal zulässige Anzahl von gleichzeitig anwesenden Personen hängt zudem von der gesamten Nutzbreite der in Artikel 8 festgelegten Fluchtwege ab.

Der Betreiber kann mit einem schriftlichen und begründeten Antrag die Genehmigung des Bürgermeisters beantragen, um die maximal zulässige Gesamtanzahl von gleichzeitig anwesenden Personen festzulegen.

Art. 4 - Bauteile

Die tragenden Bauteile, die die Standfestigkeit des gesamten Gebäudes innerhalb des öffentlich zugänglichen Ortes und der für seine Funktionsweise unerlässlichen Räumlichkeiten gewährleisten, weisen selbst eine Feuerwiderstandsdauer von mindestens 60 Minuten auf.

In dem Bereich ohne darüber liegende Stockwerke beträgt die Feuerwiderstandsdauer der tragenden Bauteile sowie des Dachstuhls mindestens 30 Minuten. Wenn diese Elemente nicht selbst die jeweilige genannte Feuerwiderstandsdauer aufweisen, können sie derart geschützt werden, dass sie diese erreichen.

Anderenfalls ist eine allgemeine automatische Brandmeldeanlage vorgesehen. Diese Anlage entspricht den Normen NBN S 21-100-1 „Branderkennungs- und Feueralarmanlage - Teil 1: Regeln für Risikoanalyse und Bedarfsermittlung, Planung und Entwurf, Platzierung, Inbetriebnahme, Kontrolle, Nutzung, Überprüfung und Wartung“ und NBN S 21-100-2 „Branderkennungs- und Feueralarmanlage - Teil 2: Qualifikationen und Kompetenzen“.

Die gesamte Dacheindeckung entspricht der Klassifizierung B_{Roof}(t₁) gemäß der Norm NBN CEN/TS 1187:2013 „Prüfverfahren zur Beanspruchung von Bedachungen durch Feuer von außen“ oder einem gleichgestellten Dacheindeckungsmaterial.

Art. 5 - Bildung von Brandschutzabschnitten

Der gesamte zugängliche Raum bildet einen unabhängigen Brandschutzabschnitt, der von dem restlichen Gebäude durch waagerechte und senkrechte Wände mit einer einheitlichen Feuerwiderstandsdauer von mindestens 60 Minuten getrennt ist. Jede Verbindung mit angrenzenden Räumen erfolgt nur durch selbstschließende oder im Brandfall automatisch schließende Türen mit einer Feuerwiderstandsdauer von mindestens 30 Minuten.

Gemeinschaftsküchen, die eventuell ein Restaurant umfassen, sind von den anderen Gebäudeteilen durch Wände getrennt, die einen Feuerwiderstand (EI1) von 60 aufweisen.

Jede Verbindung erfolgt über eine selbstschließende oder bei Feuerausbruch automatisch schließende Tür mit einem Feuerwiderstand (EI1) von 30. Diese Türen öffnen sich von der Küche aus nach Außen.

Ist die Küche vom Restaurant abgeteilt, erfüllen die waagerechten und senkrechten Geschirrrtransportanlagen zwischen der Küche und dem Restaurant folgende Bedingungen:

1. wenn der Transport durch andere Räume führt, erfolgt er in Schächten, deren Wände einen Feuerwiderstand (EI1) von 60 aufweisen;
2. das Transportsystem wird auf Höhe der Abteilungswand mit einer Vorrichtung abgedichtet, die einen Feuerwiderstand (EI1) von 60 aufweist.

Ist die Küche nicht vom Restaurant abgeteilt, ist jedes ortsfeste Frittiergerät mit einer ortsfesten automatischen Löscheinrichtung versehen, die an eine Vorrichtung gekoppelt ist, die die Energiezufuhr zum Frittiergerät unterbricht.

Art. 6 - Innenausstattungen

Die abgehängten Decken und deren Einhängeelemente sind, sofern sie nicht zum Schutz der tragenden Bauteile beitragen, mit Materialien der Klasse A1 gebaut oder überzogen. Sie weisen eine Feuerwiderstandsdauer von mindestens 30 Minuten auf.

Alle Sitze sind so angeordnet, dass eine rasche Evakuierung erleichtert wird. Wenn Sitzreihen vorhanden sind, umfassen diese nicht mehr als 10 Sitze, wenn sie von einem einzigen Gang aus zugänglich sind. Sie können 20 Sitze umfassen, wenn sie von zwei Gängen aus zugänglich sind.

Für die Erneuerung der vorhandenen Beschichtungen sind die Bestimmungen der Anlage 5/1 des Königlichen Erlasses vom 7. Juli 1994 anwendbar.

Art. 7 - Standort und Verteilung der Evakuierungswege

Die Räumlichkeiten der öffentlich zugänglichen Untergeschosse beziehungsweise der Obergeschosse sind durch eine oder mehrere Treppenanlagen erschlossen, die sich von denjenigen beziehungsweise von denjenigen unterscheiden, die privat genutzt werden.

Die Evakuierung der privaten Räume erfolgt über einen Fluchtweg, dessen senkrechte Wände eine Feuerwiderstandsdauer von mindestens 60 Minuten aufweisen und dessen Türen einen Feuerwiderstand (EI1) von 30 aufweisen.

Art. 8 - Breite der Fluchtwege

Die Nutzbreite der Ausgangstüren beträgt mindestens 0,80 m.

Die Breite der Fluchtwege, Rettungswege und Rettungsausgänge sind gleich oder größer als 0,80 m bei einer Mindesthöhe von 2 m. Deren gesamte Mindestnutzbreite entspricht mit 1 cm pro Person der Anzahl der Personen, die sie im Falle einer Evakuierung benutzen.

Die öffentlich zugänglichen Treppenanlagen weisen eine Gesamtnutzbreite auf, die zentimetermäßig mindestens der Anzahl der Personen entspricht, die sie benutzen sollen, multipliziert mit 1,25, wenn sie zu den Ausgängen hinunterführen, und multipliziert mit 2, wenn sie zu den Ausgängen hinaufführen, wobei sie mindestens 1 m beträgt.

Wenn die Anzahl dieser Person nicht hinreichend abgeschätzt werden kann, legt der Betreiber sie eigenverantwortlich fest.

Art. 9 - Türen

Automatischen Schiebetüren sind nur für direkte Ausgänge ins Freie zulässig, wenn sich die Schiebeelemente unter einfachem Druck in Flügeltüren umwandeln lassen.

Drehtüren und Drehkreuze sind nicht zulässig, außer wenn sie zusätzlich zu den zwingend vorgeschriebenen Ausgängen hinzukommen.

Schwingtore sind verboten.

Art. 10 - Treppen

Die Treppen sind an jeder Seite auf einer Höhe von mindestens 0,75 m mit einem sicher befestigten Handlauf versehen, der auch gegebenenfalls um die Podeste läuft. Ihre Nutzbreite beträgt mindestens 0,80 m. Bei Treppen mit einer Nutzbreite unter 1,20 m reicht ein einziger Handlauf aus.

Die Stufentiefe beträgt mindestens 20 cm auf die Trittfläche. Die Tritte haben volle Setzstufen.

Art. 11 - Kennzeichnung

Ausgänge und Notausgänge sowie die dahin führenden Wege, Flure und Treppen sind mit Piktogrammen gemäß den Bestimmungen des Gesetzbuchs über das Wohlbefinden bei der Arbeit ausgewiesen.

Art. 12 - Heizungsraum

Die Mauern, Wände, Böden und Decken der Heizungsräume weisen eine Feuerwiderstandsdauer von mindestens 60 Minuten auf. Bei Einsatz von flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen wird jede Verbindung zwischen Heizungsraum und Gebäude sowie zwischen Heizungsraum und Brennstofflager mit einer selbstschließenden Tür mit einem Feuerwiderstand (EI1) von 30 verschlossen.

Sind anwendbar:

1. für Heizungsräume mit einer Gesamtleistung ≥ 70 kW: die Norm NBN B 61-001 „Heizräume und Schornsteine“;
2. für Heizungsräume mit einer Gesamtleistung < 70 kW: die Norm NBN B 61-002 „Kessel für Zentralheizung mit einer Nennleistung unter 70 kW“;
3. für Heizkessel mit einer Leistung unter 30 kW: die Norm NBN B 61-002.

Die Tanks für Flüssigbrennstoffe sind in einer abgedichteten Wanne mit einem Fassungsvermögen angeordnet, das mindestens dem Lagervolumen entspricht.

Die Auskleidung ist bei metallischen Lagertanks mit einem Fassungsvermögen von maximal 3.000 Litern nicht erforderlich, wenn

1. das Messsystem intern ist; und/oder
2. die Lagertankleitungen metallisch sind.

Die Verpflichtungen bezüglich der Tanks sind ebenfalls auf die außerhalb eines Gebäudes befindlichen Tanks für Flüssigbrennstoffe anwendbar. Die Wanne ist aus Materialien der Klasse A0 hergestellt.

Art. 13 - Heizgeräte

Die Wärmeerzeuger mit automatischer Zündung unter Verwendung eines flüssigen oder gasförmigen Brennstoffs sind so ausgestattet, dass die Brennstoffzufuhr in folgenden Fällen automatisch unterbrochen wird:

1. während des automatischen oder nicht automatischen Abschaltens des Brenners;
2. bei zufälligem Erlöschen der Flamme;
3. bei Überhitzung oder Überdruck des Wärmetauschers;
4. bei Unterbrechung der Stromversorgung im Falle der Flüssigbrennstoff-Wärmeerzeuger.

Die Heißlufttheisanlagen erfüllen folgende Bedingungen:

1. die Lufttemperatur an den Abgabestellen beträgt höchstens 80°C;
2. die Heißluftzufuhrkanäle sind vollständig aus nicht brennbaren Materialien hergestellt;
3. wenn der Heißluftgenerator sich in einem Heizungsraum befindet:
 - a) darf die zu wärmende Luft nicht aus diesem Heizungsraum oder seinen Nebenräumen abgesaugt werden;
 - b) sind die Luft-, Einlass- und Auslassöffnungen mit wirksamen Staubfiltern versehen, die keine brennbaren Dämpfe abgeben können.

Wenn die Luft unmittelbar im Generator erwärmt wird, ist der Heißluftdruck darin stets größer als der Druck des Gases in der Feuerungsanlage.

In Innenräumen sind elektrische Heizgeräte zulässig mit Ausnahme derjenigen, die einen sichtbaren Widerstand haben. Einzelne Verbrennungsgeräte sind untersagt.

Im Falle der Verwendung von Umluft-Elektrospeicherheizgeräten (sogenannte dynamische Elektrospeicherradiatoren) beträgt die Lufttemperatur an den Abgabestellen höchstens 80°C. Diese Geräte erfüllen die Anforderungen der CE-Kennzeichnung.

Art. 14 - Gasbetriebene Geräte

Die gasbetriebenen Geräte, wie Heizung, Leitungswasseraufbereitung oder Küche, genügen den Vorgaben der belgischen Normen und den Bestimmungen der entsprechenden Vorschriften. Sie sind mit einem BENOR- oder AGB-Konformitätszeichen versehen, wenn sie vor dem 1. Januar 1996 hergestellt wurden, und mit der CE-Kennzeichnung versehen, wenn sie nach dem 31. Dezember 1995 hergestellt wurden.

Art. 15 - Erdgas

Alle Erdgaszähler entsprechen der Norm NBN D 51-003:2010+A2:2021 und der Norm NBN D 51-004.

Die Zähler sind in einem geschlossenen Raum angebracht, der ausschließlich hierzu bestimmt ist und aus nicht brennbaren Werkstoffen errichtet ist. Der Raum ist mit einer ausreichenden direkten Oberbelüftung nach außen versehen.

Art. 16 - Flüssiggas

Die mit Flüssiggas betriebenen Anlagen entsprechen der Norm NBN D 51-006.

Die Vorratslager mit ortsfesten Tanks entsprechen den Bestimmungen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 7. Juli 2005 zur Bestimmung der gesamten Bedingungen in Bezug auf die Lager für flüssiges Erdölgas in "größeren Behältern" und werden demgemäß geprüft.

Art. 17 - Sicherheitsmaßnahmen für bewegliche Behälter

Die beweglichen Behälter werden nicht innerhalb der Gebäude gelagert mit Ausnahme derjenigen, deren Brennstoffmenge 3 Kilogramm nicht übersteigt. Außerhalb der Gebäude werden sie mit einem Mindestabstand von 1,50 m von den Fenstern und 2,50 m von den Türen gelagert.

Die beweglichen Behälter und deren Armaturen sind gegen Witterungseinflüsse geschützt.

Art. 18 - Sicherheitsbeleuchtung

Die großen Gemeinschaftsräume, wie Speisesäle, Speiselokale, Küchen, Versammlungsräume oder Entspannungsräume, die Fluchtwege und -möglichkeiten, die Treppen, die Aufzugskabinen, die Heizungsräume und die Räume für Notstromaggregate sind mit einer Sicherheitsbeleuchtung ausgerüstet.

Sicherheitsbeleuchtungsanlagen und -geräte entsprechen den folgenden Normen:

- NBN C 71-100;
- NBN C 71-598-222; und
- NBN L 13-005.

Bei Erneuerung der Anlage bzw. der Geräte entspricht die Sicherheitsbeleuchtung den folgenden Normen:

- NBN EN-1838;
- NBN EN-60598-2-22; und
- NBN EN-50172.

Art. 19 - Rauch- und Wärmeabzugssystem

Entsprechend der Bedeutung und der Natur der Risiken kann der Bürgermeister nach Stellungnahme der zuständigen Hilfeleistungszone die Anbringung von Rauchabzugsvorrichtungen anordnen. Die Anzahl, die Fläche dieser Abzugsvorrichtungen sowie das Steuerungssystem werden entsprechend den gültigen Normen und dem gültigen Praxiskodex festgelegt.

Art. 20 - Brandbekämpfungsmittel

Für die Öffentlichkeit bestimmte Gebäude und Einrichtungen sind mit Feuerlöschmitteln, wie Feuerlöscher, Schlauchtrommeln oder automatische Löscheinrichtungen, entsprechend der Bedeutung und der Natur der Risiken versehen.

In jedem Fall ist mindestens ein Wasserlöscher mit Zusätzen von 6 Litern oder ein Pulverlöscher (polyvalent) von 6 kg vorgesehen. Die Feuerlöscher entsprechen den Normen der Serie NBN EN 3.

Alle Feuerlöscher sind in einer Höhe von 1 m befestigt.

Das Brandbekämpfungsmaterial ist in einem guten Zustand, gegen Frost geschützt, leicht zugänglich und sinnvoll verteilt. Es ist sofort einsatzbereit.

Wenn die Küche nicht als feuerbeständiger Brandschutzabschnitt ausgebildet ist, sind Fritteusen und sonstige Kochgeräte durch eine leichte automatische Wasserlöscheinrichtung zu schützen. Durch das Auslösen der Einrichtung wird die Energieversorgung der Fritteusen und anderer Kochgeräte unterbrochen. Der automatische Betrieb ist mit einer manuellen Steuerung ergänzt, die sich an einem geschützten Ort abseits der Kochgeräte befindet.

Das Löschmaterial ist sichtbar mit Hilfe von Piktogrammen gemäß den Bestimmungen des Gesetzbuchs über das Wohlbefinden bei der Arbeit gekennzeichnet.

Bei Flüssigbrennstoffkesseln ist jeder Brenner durch ein automatisches Löschesystem geschützt. Der Betrieb dieses Systems führt zur Unterbrechung der Brennstoff- und Stromversorgung.

Art. 21 - Feuerlöschmittel und Wasservorräte

Der Campingplatz ist mit mindestens einem Feuerlöschposten pro Gruppe oder Teilgruppe von 100 Stellen versehen, der auf dem Gelände in einem Umkreis jeder Gruppe oder Teilgruppe von 100 Stellen angeordnet ist.

Jeder Feuerlöschposten ist mit drei tragbaren Pulverlöschern (polyvalent) des Typs ABC von 6 kg oder zwei tragbaren Pulverlöschern (polyvalent) des Typs ABC von 9 kg ausgestattet. Die Feuerlöscher entsprechen den Normen der Serie NBN EN 3.

Das Brandbekämpfungsmaterial ist in einem Schrank untergebracht, der leicht zu öffnen ist. Dieser ist an einem roten Träger in einer maximalen Höhe von 1 m befestigt.

Die Wasserlöschposten sind sinnvoll auf dem Campingplatz in Abstimmung mit der zuständigen Hilfeleistungszone verteilt. Sie sind sichtbar mithilfe von Piktogrammen gemäß den Bestimmungen des Gesetzbuchs über das Wohlbefinden bei der Arbeit gekennzeichnet.

Ein an das öffentliche Wasserversorgungsnetz angeschlossener Hydrant mit einem Durchfluss von 400 l/min steht in unmittelbarer Nähe des Campingplatzes zur Verfügung. Ansonsten ist ein Wasservorrat von mindestens 20 m³ vorzusehen.

Art. 22 - Automatische Branderkennung

Die jeweiligen Wohneinheiten sind mit einer automatischen Branderkennung gemäß den Bestimmungen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 21. Oktober 2004 über das Vorhandensein von Feuermeldeanlagen in den Wohnungen auszustatten.

KAPITEL 3 - FLÄCHEN UND WEGE

Art. 23 - Zufahrtswege

Für die externen Zufahrtswege dürfen lediglich die folgenden maximalen Eigenschaften verlangt werden:

- minimale freie Breite: 6 m;
- minimale freie Höhe: 4 m;
- maximale Neigung: max. 12%;
- Wendekreis: 11 m innen und 15 m außen.

Für die internen Wege werden die folgenden Mindesteigenschaften verlangt:

- Breite am Boden: 3 m;
- minimale freie Breite: 3,5 m;
- minimale freie Höhe: 4 m.

Die Länge der Sackgassen beträgt mindestens 30 m. Wenn die Länge einer Sackgasse mehr als 30 Meter beträgt, wird eine Wende- und Manövriermöglichkeit vorgesehen. Diese weist folgende Merkmale vor:

- entweder ein Viereck mit einer Seite von 20 m, frei von jeglichem Hindernis;
- oder ein Kreis mit einem Radius von 11 m, frei von jeglichem Hindernis.

Wenn automatische Schranken den Zugang zum Campingplatz gewähren, sind sie nach den Grundsätzen der positiven Sicherheit aufgestellt und mit einem geeigneten, von der zuständigen Hilfeleistungszone zugelassenen System ausgerüstet. Durch dieses System ist der Campingplatz dauerhaft zugänglich.

Wenn der Campingplatz an einem Ort mit Brandgefahr, etwa im Wald oder am Rand eines bewaldeten Grundstücks gelegen ist, wird durchgehend zurückgeschnitten.

Bei bestimmten Gegebenheiten der Errichtung des Campingplatzes können zusätzliche Feuerlöschmittel von der zuständigen Hilfeleistungszone vorgeschrieben sein.

Art. 24 - Verkehrsführung

Auf dem Campingplatz ist das Parken auf den internen und externen Wegen verboten.

Die Richtung und der Weg zu den unterschiedlichen Ausgängen sind gekennzeichnet.

Auf Campingplätzen mit einer Verkehrsschleife ist eine Fahrtrichtung zwingend vorgeschrieben.

Art. 25 - Evakuierung

Wenn der Campingplatz durch eine beliebige Umzäunung begrenzt ist, verfügt er über zwei Notausgänge, über die die Personen den Campingplatz verlassen können.

Der Zugang zu diesen Notausgängen ist gekennzeichnet und beleuchtet.

Art. 26 - Verkehrszeichen

Zur Erleichterung des Verkehrs auf den internen Wegen des Campingplatzes sind Verkehrszeichen angebracht. Diese Beschilderung besteht aus den folgenden Straßenverkehrszeichen gemäß dem Gesetz vom 16. März 1968 über die Straßenverkehrspolizei:

- Parkverbot - E1;
- Stopp - B5;
- Gebotsschilder - D1e - D1f;
- Verbotsschilder - C1 - C43;
- Vorfahrtszeichen - B1.

Die Notausgänge sind mithilfe von Piktogrammen gemäß den Bestimmungen des Gesetzbuchs über das Wohlbefinden bei der Arbeit gekennzeichnet.

Art. 27 - Elektrische Installationen

§1 - Alle internen und externen Wege des Campingplatzes sind beleuchtet. Zulässig sind alle Beleuchtungsarten, abgesehen von brennstoffbetriebenen Leuchtmitteln.

Die Beleuchtung ermöglicht bequeme Bewegungsabläufe am gesamten Standort sowie bei Bedarf die Evakuierung der anwesenden Personen.

Diese Beleuchtung ist nicht dauerhaft.

§2 - Die elektrischen Installationen entsprechen den Bestimmungen der Allgemeinen Ordnung für elektrische Anlagen sowie den etwaigen anwendbaren Normen und Verordnungen in der gültigen Fassung. Diese Installationen werden von einer vom Föderalen Öffentlichen Dienst Wirtschaft anerkannten Kontrollstelle geprüft.

Art. 28 - Melde- und Alarmmittel

Der Betreiber setzt Melde- und Alarmmittel ein.

Ein zugängliches Festnetztelefon steht zur Meldung zur Verfügung, wenn eine stabile Mobilfunkverbindung nicht garantiert werden kann.

Der Betreiber gewährleistet ein Alarmsystem, das die anwesenden Personen auf dem Campingplatz schnellstmöglich zur Evakuierung auffordert.

Anweisungen für die Bedienung des Alarmsystems in den drei Landessprachen sowie Englisch hängen aus.

Art. 29 - Hausordnung und Anlagenplan

§1 - Die Hausordnung hängt gut sichtbar an der Rezeption des Campingplatzes und in der Nähe jeder Sanitäreinrichtung aus. Sie ist in den drei Landessprachen sowie Englisch verfasst.

Diese Hausordnung umfasst folgende Mindestvorschriften und -angaben:

1. die Angaben zu den für Notfälle vorgesehenen Verfahren (Evakuierung, Warnung, Meldung und Alarm);
2. das Verbot, auf den externen und internen Wegen zu parken;
3. die Erlaubnis, herkömmliche Grills zu verwenden, wenn sie in einem Abstand von mindestens 2 m zu Brennstoffen stehen und wenn die Umgebung permanent gepflegt wird;
4. das Verbot, Feueranzünder zu verwenden;
5. den Standort der Notausgänge;
6. den Standort der Sammelpunkte außerhalb des Campingplatzes im Falle einer Evakuierung des Campingplatzes.

Diese Hausordnung enthält grundsätzliche Anweisungen für den Fall der Evakuierung, die dazu auffordern:

1. Ruhe zu bewahren;
2. die unterschiedlichen Energieversorgungen abzuschalten;
3. die Notdienste zu informieren;
4. zu versuchen, das Feuer zu löschen;
5. den Campingplatz gemäß dem Evakuierungsplan zu verlassen.

Diese Hausordnung enthält ebenfalls die Hinweise für die Gäste zur Brandvorbeugung gemäß Kapitel 4.

§2 - Der Anlagenplan hängt am Eingang des Campingplatzes und an jeder Sanitäreinrichtung. Er umfasst alle internen Wege, die Nummerierung der Stellplätze, die Fahrtrichtung, gegebenenfalls die Standorte der Notausgänge, der Feuerlöschposten, des Verbandkastens, die verschiedenen risikobehafteten Räume und die Energiequellen sowie den Standort der Melde- beziehungsweise Fernsprechstelle.

Zwei Exemplare dieses Plans sowie die Beschreibung des Alarmsystems werden der zuständigen Hilfeleistungszone übermittelt.

Art. 30 - Verbandskasten

Der Campingplatz ist mit einem leicht zugänglichen Verbandskasten ausgestattet, der an der Rezeption oder im Krankenzimmer aufbewahrt wird und den Bestimmungen des Gesetzbuchs über das Wohlbefinden bei der Arbeit entspricht.

KAPITEL 4 - HINWEISE FÜR DIE GÄSTE ZUR BRANDVORBEUGUNG

Art. 31 - Sicherheitshinweise für Gäste

Der Betreiber fordert die Gäste auf, folgende Hinweise zu beachten:

- keine Kleingeräte wie Campinggas-Kochstellen ohne Aufsicht verwenden;
- die Regeln der guten fachlichen Praxis im Umgang mit LPG-Installationen einhalten;
- höchstens zwei Gasflaschen für die Versorgung der unterschiedlichen Geräte verwenden;
- keine vollen oder leeren Gasflaschen lagern;
- die Länge des Schlauchs zwischen Flaschen und Geräten auf höchstens 2 m begrenzen;
- die Schläuche vor dem angegebenen Verfallsdatum oder bei Beschädigung (Schnitt, risiger Schlauch, ...) ersetzen;

- jedes Schlauchende mit angepassten Schlauchschellen versehen;
- alle Gasflaschen aufrecht stellen;
- während der Handhabung der Flaschen nicht rauchen;
- keine mit Fest- oder Flüssigbrennstoffen betriebenen Heizgeräte ohne Anschluss an einen Abzug nach außen nach den Regeln der Technik verwenden;
- bei Verwendung von mit Fest- oder Flüssigbrennstoffen betriebenen Heizgeräten für gute Be- und Entlüftung der Räumlichkeiten (Außenluftzufuhr) sorgen;
- die Be- und Entlüftung des Duschraums sicherstellen;
- die Wartung der verschiedenen Koch- und Heizgeräte sicherstellen;
- die Küchenabzugshauben regelmäßig reinigen;
- gegebenenfalls über eine Löschdecke und/oder ein Löschgerät verfügen.

Diese Hinweise hängen gut sichtbar an der Rezeption aus und werden den Gästen bei jeder neuen Belegung von Stellplätzen ausgehändigt.

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus in Bezug auf die spezifischen Sicherheitsnormen für touristische Unterkünfte beigelegt zu werden.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

Isabelle
Weykmans

Digital
unterschrieben von
Isabelle Weykmans
Datum: 2023.04.11
14:37:22 +02'00'

GOVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'un arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme en ce qui concerne les normes de sécurité spécifiques pour les hébergements touristiques

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu le décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme, l'article 11, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le XX/XX/XXXX;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le XX/XX/XXXX;

Vu l'avis ... du Conseil d'État, donné le XX/XX/XXXX, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre du Tourisme;

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1^{er} - Dispositions générales

Article 1^{er} - Objet

Le présent arrêté établit les mesures minimales applicables aux hébergements touristiques, au sens de l'article 9 du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme, situés dans des bâtiments existants, ces mesures ayant pour but :

- 1° de prévenir la naissance d'un incendie;
- 2° d'assurer la sécurité des personnes; et
- 3° de faciliter l'intervention des pompiers.

Art. 2 - Qualifications

Dans le présent arrêté, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

Art. 3 - Définitions

Outre la terminologie technique de l'arrêté royal du 7 juillet 1994, il faut, pour l'application du présent arrêté, entendre par :

1° arrêté royal du 7 juillet 1994 : l'arrêté royal du 7 juillet 1994 fixant les normes de base en matière de prévention contre l'incendie et l'explosion, auxquelles les bâtiments doivent satisfaire;

2° Règlement général sur les installations électriques : l'arrêté royal du 8 septembre 2019 établissant le Livre 1 sur les installations électriques à basse tension et à très basse tension, le Livre 2 sur les installations électriques à haute tension et le Livre 3 sur les installations pour le transport et la distribution de l'énergie électrique;

3° bâtiments de catégorie 1 : les bâtiments bas visés au point 1.2.2.3 de l'annexe 1^{re} de l'arrêté royal du 7 juillet 1994, lesquels

a) ont été construits avant le 31 décembre 1997 et disposent d'un, de deux ou de trois niveaux habités au-dessus du sol, dont un ou deux niveaux au-dessus du niveau normal d'évacuation; ou

b) ont été construits après le 31 décembre 1997;

4° bâtiments de catégorie 2 : les bâtiments moyens visés au point 1.2.2.2 de l'annexe 1^{re} de l'arrêté royal du 7 juillet 1994, lesquels

a) ont été construits avant le 26 mai 1995, présentent une hauteur maximale de 25 m et disposent de trois niveaux ou plus habités au-dessus du niveau normal d'évacuation, ne pouvant pas être classés dans la catégorie 3; ou

b) ont été construits après le 26 mai 1995;

5° bâtiments de catégorie 3 : les bâtiments élevés visés au point 1.2.2.1 de l'annexe 1^{re} de l'arrêté royal du 7 juillet 1994, lesquels

a) ont été construits avant le 26 mai 1995 et présentent une hauteur supérieure à 25 m; ou

b) ont été construits après le 26 mai 1995;

6° porte résistante au feu : une porte placée conformément aux conditions de placement lui permettant d'être classée résistante au feu et pour laquelle l'installateur a délivré un justificatif de montage réglementaire conforme aux instructions du fabricant;

7° cuisine : tout local où sont installés des appareils de cuisson d'une puissance totale supérieure à 10 kW;

8° voie d'évacuation : tout élément d'un bâtiment utilisé pour l'évacuation des personnes présentes, notamment les coursives, les paliers, les escaliers, les voies d'évacuation et de sauvetage et les chemins.

Art. 4 - Champ d'application

Les dispositions du présent arrêté s'appliquent à l'ensemble des hébergements touristiques.

Sont applicables en plus de ces dispositions :

1° les dispositions de l'annexe 1^{re} pour les hébergements touristiques dont la capacité maximale d'accueil est supérieure à 10 personnes;

2° les dispositions de l'annexe 2 pour les terrains de camping.

Les dispositions du présent arrêté sont applicables sans préjudice des normes et dispositions générales ou particulières, notamment :

1° de l'arrêté royal du 7 juillet 1994;

2° du Code du bien-être au travail;

3° du Règlement général pour la protection du travail;

4° du décret de la Région wallonne du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement.

Art. 5 - Comportement de l'exploitant en matière de sécurité

L'exploitant d'un hébergement touristique prend les mesures appropriées pour :

1° prévenir les incendies;

2° combattre rapidement et efficacement tout foyer d'incendie;

3° en cas d'incendie :

a) permettre aux personnes hébergées de donner l'alerte et l'alarme;

- b) assurer la sécurité des personnes et, si nécessaire, permettre leur évacuation rapide et sans danger; et
- c) avertir immédiatement la zone de secours compétente.

Art. 6 - Équivalence des normes

S'il est établi, sur la base de documents adaptés, qu'un produit de construction répond aux exigences de la norme NBN conformément à des méthodes d'essai et de classification équivalentes dans un autre État membre de l'UE, ce produit sera considéré comme satisfaisant aux prescriptions techniques du présent arrêté et de ses annexes.

Art. 7 - Prescription d'occupation

Sous le niveau d'évacuation le plus bas, aucun appartement ni aucune chambre individuelle ou collective ne peuvent être aménagés à des fins d'hébergement.

Art. 8 - Réaction au feu et résistance au feu des matériaux et éléments de construction

Les matériaux de construction utilisés dans l'hébergement touristique sont classés selon la classification établie par l'arrêté royal du 7 juillet 1994.

À la demande du bourgmestre ou de son délégué, l'exploitant d'un hébergement touristique produit la preuve que les dispositions du même arrêté royal relatives à la réaction et à la résistance au feu des éléments de construction sont respectées.

S'il ne peut fournir cette preuve, l'exploitant donne par écrit, et sous la co-signature d'un architecte, une description de la composition des matériaux et éléments de construction pour lesquels la preuve mentionnée à l'alinéa 2 ne peut être fournie.

Art. 9 - Dérogations dans les cas exceptionnels

Lors de l'établissement de l'avis en matière de protection incendie, il peut être prévu, dans des cas exceptionnels, de prendre sur place des mesures qui ne sont pas expressément mentionnées dans le présent arrêté et ses annexes, si elles sont nécessaires à la sécurité du bâtiment et des personnes qui y sont hébergées.

Lors de l'établissement de l'avis en matière de protection incendie, il est possible, dans des cas exceptionnels, de déroger aux dispositions du présent arrêté et de définir des mesures compensatoires, par exemple lorsqu'une autre législation est applicable dans le cas de la protection des monuments.

Chapitre 2 - Entretien et contrôles

Art. 10 - Dispositions générales

L'équipement technique du bâtiment doit être maintenu en bon état.

L'exploitant veille à ce que les inspections et les contrôles mentionnés dans le présent chapitre soient effectués et qu'il en soit dressé procès-verbal. Il conserve un exemplaire de chaque procès-verbal, lequel sera présenté sur demande au responsable de la sécurité incendie de la zone de secours compétente, au bourgmestre ou, selon le cas, au ministre compétent en matière de Tourisme.

Les organismes chargés du contrôle sont accrédités conformément à la norme NBN EN ISO/IEC 17020:2012 « Évaluation de la conformité - Exigences pour le fonctionnement de différents types d'organismes procédant à l'inspection » pour le domaine de compétence visé par le contrôle.

Les dispositions du présent chapitre s'étendent à toutes les zones destinées à l'utilisation touristique du bâtiment.

Art. 11 - Installations électriques - Inspection et contrôle

Les installations électriques sont conformes aux dispositions du Règlement général sur les installations électriques ainsi qu'aux éventuels règlements et normes applicables, dans leur version en vigueur.

Les installations électriques, y compris les installations d'éclairage de sécurité, sont contrôlées et inspectées par un organisme de contrôle agréé par le Service public fédéral Économie conformément aux modalités du Règlement général sur les installations électriques et aux dispositions particulières de la présente annexe :

- 1° lors de la mise en exploitation de l'hébergement touristique et lors de toute modification importante;
- 2° pour les installations à haute tension : une fois par an;
- 3° pour toutes les autres installations : une fois tous les cinq ans.

Art. 12 - Installations de gaz

Toutes les précautions nécessaires conformément aux dispositions du présent arrêté doivent être prises pour éviter les fuites de gaz.

Art. 13 - Installations aux gaz combustibles distribués par canalisations publiques

Avant la mise en service de l'installation et après des modifications importantes, les nouvelles installations aux gaz combustibles distribués par canalisations publiques, complètes ou partielles, doivent être soumises à un contrôle d'étanchéité et de conformité.

Les normes NBN D 51-003:2010+A2:2021 « Installations intérieures alimentées en gaz naturel et placement des appareils d'utilisation - Dispositions générales » et/ou NBN D 51-004 « Installations alimentées en gaz combustible plus léger que l'air distribué par canalisations - Installations particulières » sont appliquées pour les installations intérieures alimentées en gaz naturel et la mise en place des appareils d'utilisation. Si l'installateur n'est pas habilité, le contrôle est effectué par un organisme certifié pour les normes NBN D 51-003:2010+A2:2021 et D 51-004.

Ce contrôle d'étanchéité et de conformité doit ensuite être réalisé tous les cinq ans par un organisme certifié pour les normes NBN D 51-003:2010+A2:2021 et D 51-004.

L'entretien des installations et des appareils a lieu une fois par an. Il est réalisé par un installateur agréé conformément aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement wallon du 29 janvier 2009 tendant à prévenir la pollution atmosphérique provoquée par les installations de chauffage central destinées au chauffage de bâtiments ou à la production d'eau chaude sanitaire et à réduire leur consommation énergétique.

Avant leur mise en service, les appareils d'utilisation sont réglés par un installateur agréé conformément aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement wallon du 29 janvier 2009 tendant à prévenir la pollution atmosphérique provoquée par les installations de chauffage central destinées au

chauffage de bâtiments ou à la production d'eau chaude sanitaire et à réduire leur consommation énergétique. Celui-ci s'assure de leur bon fonctionnement.

Art. 14 - Contrôle des installations aux gaz combustibles distribués par canalisations publiques

Le contrôle effectué par l'organisme certifié pour les normes NBN D 51-003:2010+A2:2021 et D 51-004 a notamment pour objet :

- 1° de contrôler la conformité aux normes applicables susmentionnées;
- 2° de vérifier si le nettoyage des brûleurs et le réglage de leur fonctionnement ont été correctement effectués;
- 3° de contrôler le bon fonctionnement des dispositifs de protection et de régulation;
- 4° de contrôler l'étanchéité de l'installation par un essai de mise sous pression, conformément à la norme applicable à l'installation;
- 5° de vérifier si le nettoyage des conduits d'évacuation des gaz de combustion a été correctement effectué;
- 6° de contrôler le déclenchement des thermocouples.

Art. 15 - Installations au gaz de pétrole liquéfié

Avant la mise en service de l'installation et après des modifications importantes, les nouvelles installations au gaz de pétrole liquéfié, complètes ou partielles, doivent être soumises à un contrôle d'étanchéité et de conformité à la norme NBN D 51-006 « Installations gaz pour gaz butane commercial ou propane commercial en phase gazeuse détendue avec une pression de service maximum (MOP) de 5 bar - Installations intérieures, placement et mise en service des appareils d'utilisation, articles 1, 2 et 3 », réalisé par un organisme certifié pour la norme NBN D 51-006.

Ce contrôle d'étanchéité et de conformité doit ensuite être réalisé tous les cinq ans par un organisme certifié pour la norme NBN D 51-006.

L'entretien des installations et des appareils a lieu une fois par an. Il est réalisé par un installateur agréé conformément aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement wallon du 29 janvier 2009 tendant à prévenir la pollution atmosphérique provoquée par les installations de chauffage central destinées au chauffage de bâtiments ou à la production d'eau chaude sanitaire et à réduire leur consommation énergétique.

Avant leur mise en service, les appareils d'utilisation sont réglés par un installateur agréé conformément aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement wallon du 29 janvier 2009 tendant à prévenir la pollution atmosphérique provoquée par les installations de chauffage central destinées au chauffage de bâtiments ou à la production d'eau chaude sanitaire et à réduire leur consommation énergétique. Celui-ci s'assure de leur bon fonctionnement.

Art. 16 - Contrôle des installations au gaz de pétrole liquéfié

Le contrôle effectué par l'organisme certifié pour la norme NBN D 51-006 a notamment pour objet :

- 1° de contrôler la conformité aux normes applicables susmentionnées;
- 2° de vérifier si le nettoyage des brûleurs et le réglage de leur fonctionnement ont été correctement effectués;
- 3° de contrôler le bon fonctionnement des dispositifs de protection et de régulation;
- 4° de contrôler l'étanchéité de l'installation par un essai de mise sous pression, conformément à la norme applicable à l'installation;
- 5° de vérifier si le nettoyage des conduits d'évacuation des gaz de combustion a été correctement effectué;
- 6° de contrôler le déclenchement des thermocouples.

Aucune bouteille de gaz de pétrole liquéfié ne peut se trouver dans les locaux destinés à une occupation nocturne.

Art. 17 - Appareils de chauffage

Les appareils de chauffage sont montés de manière à offrir des garanties de sécurité suffisantes au regard des circonstances locales.

Les conduits fixes ou mobiles servant à l'évacuation des gaz de combustion et des fumées doivent être maintenus en bon état et en parfait état de fonctionnement. Ils sont installés à une distance suffisante des matériaux inflammables afin d'éviter tout risque d'incendie. Les conduits brisés ou crevassés doivent être réparés ou remplacés avant leur remise en service.

Après un feu de cheminée, le conduit d'évacuation des fumées où le feu s'est déclaré est visité et ramoné. Un essai d'étanchéité est ensuite effectué.

Art. 18 - Contrôle des appareils de chauffage

Les installations de chauffage central et les installations centrales de conditionnement d'air sont inspectées une fois par an par un installateur qualifié.

Cette inspection a notamment pour objet :

- 1° le contrôle et le nettoyage des brûleurs;
- 2° la vérification des dispositifs de protection et de régulation;
- 3° le contrôle et, si nécessaire, le nettoyage des conduits d'évacuation des gaz de combustion.

En ce qui concerne les installations de chauffage, l'inspection dont il est question ci-dessus est exécutée avant la mise en route des installations.

Les installations de chauffage central à combustible solide ou liquide sont conformes aux dispositions de l'arrêté royal du 6 janvier 1978 tenant à prévenir la pollution atmosphérique lors du chauffage de bâtiments à l'aide de combustible solide ou liquide.

Les installations de chauffage central à combustible solide ou liquide doivent être contrôlées annuellement conformément aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement wallon du 29 janvier 2009 tendant à prévenir la pollution atmosphérique provoquée par les installations de chauffage central destinées au chauffage de bâtiments ou à la production d'eau chaude sanitaire et à réduire leur consommation énergétique.

Art. 19 - Justificatif de ramonage

Les cheminées sont ramonées une fois par an par une entreprise spécialisée. La facture fait office de justificatif.

Art. 20 - Installations de détection d'incendie, d'annonce, d'alerte et d'alarme

L'exploitant met en œuvre des moyens d'alerte et d'alarme appropriés en fonction de l'importance et de la nature des risques et en tenant compte des conditions locales, étant entendu ce qui suit :

- 1° « alerte » se réfère à l'alerte donnée à l'exploitant et aux services d'incendie concernant la présence d'un début d'incendie ou d'un danger; et
- 2° « alarme » se réfère à l'alerte donnée à toutes les personnes se trouvant dans un lieu donné, leur ordonnant d'évacuer ce lieu.

Chaque étage loué est équipé d'un détecteur de fumée et d'incendie à raison d'un détecteur tous les 80 m². À partir de quatre détecteurs de fumée et d'incendie, les appareils sont connectés entre eux.

Le type et le nombre d'appareils sont déterminés en fonction du risque d'incendie. Les dispositifs d'alerte et d'alarme sont fonctionnels et en bon état, judicieusement répartis et clairement marqués.

Si une installation automatique de détection d'incendie munie de détecteurs individuels est obligatoire, celle-ci doit être installée conformément à la norme NBN S 21-100 « Conception des installations généralisées de détection automatique d'incendie par détecteur ponctuel » et à ses addenda.

Art. 21 - Contrôle des installations de détection d'incendie, d'annonce, d'alerte et d'alarme

Les installations généralisées de détection automatique d'incendie doivent être inspectées conformément à la norme NBN S 21-100. Les contrôles portent sur la totalité des installations, y compris sur les détecteurs, les centraux, les tableaux répétiteurs ou les asservissements.

Les installations généralisées de détection automatique d'incendie doivent être entretenues et contrôlées une fois par an conformément à la norme NBN S 21-100.

Les installations électriques d'annonce, autres que celles consistant en liaisons téléphoniques publiques, ainsi que les installations électriques d'alerte et d'alarme doivent être inspectées par un organisme certifié pour le contrôle des installations électriques et contrôlées tous les trois ans.

Art. 22 - Installations et moyens d'extinction des incendies et leur contrôle

Chaque étage loué est équipé d'un extincteur fixe à raison d'un détecteur tous les 150 m². L'emplacement de l'extincteur est indiqué par un pictogramme.

La cuisine est équipée d'un extincteur au CO₂ de 5 kg et d'une couverture extinctrice.

Le matériel de lutte contre l'incendie est contrôlé une fois par an conformément à la norme NBN S 21-050 « Inspection et maintenance des extincteurs d'incendie portatifs » par une entreprise qualifiée pour la maintenance des extincteurs portatifs.

Les dévidoirs muraux à alimentation axiale et les hydrants muraux, ainsi que leurs accessoires et les canalisations qui les alimentent, sont vérifiés tous les ans par un organisme équipé à cet effet, conformément à la norme NBN EN 671-3 « Installations fixes de lutte contre l'incendie - Systèmes équipés de tuyaux - Partie 3 : Maintenance des robinets d'incendie armés équipés de tuyaux semi-rigides et des postes d'eau muraux équipés de tuyaux plats ».

Art. 23 - Abords des appareils ou moyens d'annonce, d'alerte et d'extinction d'incendie

Les abords des endroits où se trouvent les appareils ou moyens d'annonce, d'alerte et d'extinction d'incendie restent toujours dégagés afin que les appareils ou moyens susvisés puissent être utilisés sans délai.

Chapitre 3 - Équipement des entreprises

Art. 24 - Voies d'évacuation

§ 1^{er} - Le nombre minimum de sorties est prévu comme suit, conformément aux dispositions de l'arrêté royal du 7 juillet 1994 :

1° les espaces et les étages prévus pour accueillir au moins 100 personnes disposent d'au moins deux sorties séparées donnant sur la rue ou sur un local depuis lequel la rue est facilement accessible. Ces sorties se trouvent à une distance suffisante les unes des autres;

2° les espaces et les étages prévus pour accueillir au moins 500 personnes disposent d'au moins trois sorties séparées donnant sur la rue ou sur un local depuis lequel la rue est facilement accessible. Ces sorties se trouvent à une distance suffisante les unes des autres;

§ 2 - Les voies d'évacuation sont réparties judicieusement dans le bâtiment pour que les personnes présentes puissent quitter le bâtiment rapidement et avec aisance.

Les voies d'évacuation ne sont à aucun moment entravées par des objets gênant la circulation.

Dans les locaux collectifs, comme les salles réservées au petit-déjeuner, les salons, les restaurants, les salles de séminaires ou les salles des fêtes, le mobilier est disposé de manière à ce que les personnes puissent se déplacer facilement.

Dans les voies d'évacuation, il est interdit de placer des miroirs pouvant induire les personnes hébergées en erreur sur la direction des escaliers et des sorties.

Les meubles rembourrés sont conformes aux normes NBN EN 1021-1 « Évaluation de l'allumabilité des meubles rembourrés - Partie 1 : Source d'allumage : Cigarette en combustion » et NBN EN 1021-2 « Évaluation de l'allumabilité des meubles rembourrés - Partie 2 : Source d'allumage : flamme équivalente à une allumette ».

Les portes des voies d'évacuation et de sauvetage doivent s'ouvrir vers l'extérieur.

Les portes à fermeture automatique qui ne peuvent pas être facilement ouvertes manuellement sont équipées d'un dispositif qui, en cas de défaillance de l'alimentation électrique, fait en sorte que la porte s'ouvre automatiquement et libère la largeur totale de la baie.

Les vantaux des portes ou parois en verre présentent un marquage à hauteur des yeux, de sorte qu'ils puissent être clairement perçus.

Toutes les voies d'évacuation, y compris les échelles, les coursives et les escaliers de secours extérieurs, sont suffisamment éclairées. Seul un éclairage électrique est autorisé.

§ 3 - L'emplacement des sorties est clairement indiqué au moyen de pictogrammes conformes aux dispositions du Code du bien-être au travail.

L'éclairage de secours des voies d'évacuation fonctionne de manière autonome pendant au moins une heure.

Art. 25 - Voies d'accès

Les bâtiments sont accessibles en permanence aux véhicules des services d'incendie.

Les voies d'accès aux bâtiments sont aménagées de manière à faciliter le stationnement, l'intervention et la manipulation des véhicules des services d'incendie.

Les détails concernant l'accessibilité sont laissés à l'appréciation de l'expert incendie de la zone de

secours compétente.

Art. 26 - Cuisines, appareils de cuisson et appareils de chauffage de liquides

Les appareils de cuisson et les appareils de chauffage de liquides sont placés à une distance suffisante de tout matériau inflammable ou sont isolés de ce dernier.

En dehors de la cuisine, l'utilisation d'appareils de cuisson et d'appareils de chauffage de liquides n'est autorisée que si ces appareils fonctionnent à l'électricité et offrent des garanties de sécurité suffisantes.

Les appareils mobiles alimentés en combustible qui sont placés à l'intérieur ne peuvent dépasser une quantité de combustible de 3 kilogrammes ou 1 litre.

Les récipients vides et de réserve sont stockés à l'air libre ou dans un local spécialement aménagé à cet effet. Ce local ne contient aucune matière inflammable et est pourvu d'une aération basse et d'une aération haute.

Les chiffons de nettoyage et les déchets sujets à auto-combustion ou facilement inflammables doivent être éliminés dans des récipients métalliques appropriés munis d'un couvercle.

Art. 27 - Chaufferies

La chaudière est installée dans une chaufferie où tout stockage de matériaux combustibles est interdit. Les chaufferies sont bien ventilées.

Art. 28 - Stockage de combustibles

Les combustibles liquides ou le gaz propane liquéfié sont stockés en dehors des locaux accessibles aux hôtes et des locaux de travail.

La présence de récipients mobiles de gaz propane liquéfié est interdite dans les locaux en sous-sol et dans ceux dont le sol est, de tous les côtés, à un niveau inférieur à celui du sol environnant le bâtiment, sauf pour des travaux occasionnels.

Les récipients mobiles de gaz propane liquéfié qui ne sont pas en service et les récipients présumés vides sont stockés en plein air ou dans un local efficacement ventilé et spécialement affecté à cet usage.

Art. 29 - Ascenseurs et monte-charges

Les ascenseurs et monte-charges sont exploités et visités conformément aux dispositions de l'arrêté royal du 9 mars 2003 relatif à la sécurité des ascenseurs.

Chapitre 4 - Prescriptions d'exploitation

Art. 30 - Information des hôtes et du personnel au sujet de la protection et de la lutte contre l'incendie

À un endroit central du bâtiment, un affichage rédigé dans les langues nationales et en anglais informe sur la conduite à tenir en cas d'incendie. Cet affichage contient également tous les numéros d'urgence.

Art. 31 - Annonce d'un incendie

Tout début d'incendie doit être immédiatement signalé aux services d'urgence au moyen du numéro d'appel d'urgence unique 112.

Les bâtiments et équipements destinés au public sont reliés au réseau téléphonique par une ligne téléphonique fixe accessible en cas d'urgence. Des exceptions ne sont possibles que si une connexion mobile stable peut être garantie.

Art. 32 - Consignes de sécurité et plans

À chaque étage, un plan du bâtiment est affiché de manière visible pour les services de secours; il indique notamment l'emplacement :

- 1° des escaliers et des voies d'évacuation;
- 2° des moyens d'extinction;
- 3° des installations électriques ou systèmes de distribution électrique;
- 4° le cas échéant, des installations et des locaux présentant un risque particulier.

Art. 33 - Information du personnel au sujet de la protection et de la lutte contre l'incendie

Le personnel est entraîné à la manœuvre des moyens d'extinction et instruit des conditions de leur emploi. Le personnel reçoit également une formation générale en matière de prévention des sinistres.

L'ensemble du personnel sait comment fonctionne l'installation de détection d'incendie et comment interpréter ses signaux.

L'organisation des services au sein des hébergements touristiques doit être telle qu'une personne ayant cette formation soit présente à tout moment ou puisse être jointe au minimum par téléphone.

Des exercices pratiques ayant pour objet d'instruire le personnel sur la conduite à tenir en cas d'incendie sont organisés une fois par an par l'exploitant ou, selon le cas, par la direction.

Art. 34 - Instructions pour le personnel et les hôtes

Des instructions affichées en nombre suffisant et de façon bien visible informent :

- 1° le personnel au sujet de la conduite à tenir en cas d'incendie, notamment en ce qui concerne
 - a) l'utilisation des appareils ou moyens d'alerte, d'alarme et d'extinction d'incendie;
 - b) les dispositions à prendre pour garantir la sécurité des hôtes, du personnel et, le cas échéant, du public;
 - c) les dispositions à prendre pour faciliter l'intervention des services d'incendie;
- 2° les hôtes au sujet de l'alarme afin qu'ils puissent reconnaître le signal d'alarme.

Les exploitants tiennent à disposition une liste des membres du personnel ayant reçu une formation.

Art. 35 - Protection contre les chutes

Les escaliers sont munis de solides mains courantes placées à une hauteur minimum de 0,75 m du côté présentant éventuellement un risque de chute. Si les escaliers ont une largeur supérieure à 1,20 m ou s'il y a un risque de chute des deux côtés, il faut prévoir deux mains courantes.

Les garde-corps sont réalisés de manière à ce que les enfants ne puissent se faufiler entre les

balustres. Il en est de même pour les mains courantes lorsqu'il y a risque de chute.

Art. 36 - Dispositions diverses

L'exploitant veille à ce que les personnes non autorisées n'aient pas accès aux locaux techniques.

Il est interdit de fumer, de s'approcher avec des objets en ignition ou de produire du feu à moins de 5 m des récipients de gaz de pétrole liquéfié et à moins de 2,5 m des récipients mobiles contenant ces gaz. Cette interdiction doit être signalée.

Tout appareil d'utilisation installé à demeure doit être accompagné d'une notice d'emploi rédigée dans les langues nationales et en anglais, donnant toutes les indications nécessaires pour que l'appareil soit utilisé avec sécurité et de manière appropriée. L'exploitant tient ces instructions à la disposition des utilisateurs.

Chapitre 5 - Dispositions finales

Art. 37 - Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} mai 2023.

Art. 38 - Disposition d'application

Le Ministre compétent en matière de Tourisme est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias
I. WEYKMANS

Annexe 1^{re} à l'arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme en ce qui concerne les normes de sécurité spécifiques pour les hébergements touristiques

Normes de sécurité spécifiques pour les hébergements touristiques dont la capacité maximale d'accueil est supérieure à 10 personnes

Chapitre 1^{er} - Dispositions générales

Article 1^{er} - Champ d'application

Les dispositions de la présente annexe établissent en outre des normes de sécurité spécifiques pour les hébergements touristiques, au sens de l'article 9 du décret du 23 janvier 2017, situés dans des bâtiments existants et dont la capacité maximale d'accueil est supérieure à 10 personnes.

Art. 2 - Degré de résistance au feu

Le degré de résistance au feu des éléments de construction est apprécié sur la base d'un des critères suivants :

1° l'essai d'un élément de même type conformément à la norme NBN 713-020 « Protection contre l'incendie - Comportement au feu des matériaux et éléments de construction - Résistance au feu des éléments de construction »;

2° la description de la composition des éléments et matériaux de construction, étayée par exemple par un rapport de classification ou un échantillon.

À défaut de preuve de conformité, il est conclu que les exigences relatives à la résistance au feu ne sont pas remplies.

Les percements et évidements dans les parois pour lesquelles un degré de résistance au feu est exigé sont obturés au moyen d'éléments dont le degré de résistance au feu est équivalent à celui de la paroi.

Chapitre 2 - Bâtiment et division du bâtiment

Art. 3 - Bâtiment

Le bâtiment dans lequel se trouve l'hébergement touristique est séparé des constructions contiguës par des parois présentant au moins le degré de résistance au feu suivant :

- 30 minutes pour les bâtiments de catégorie 1;
- 60 minutes pour les bâtiments des catégories 2 et 3.

Les constructions annexes, les transitions de toitures, les auvents ou les avancées de toitures ne sont autorisés que s'ils ne compromettent ni l'évacuation et la sécurité des usagers, ni l'intervention des services d'incendie.

Si différents bâtiments d'un ensemble sont reliés entre eux par des passages couverts et fermés, leurs ouvertures sont pourvues de portes à fermeture automatique ou sollicitées à la fermeture automatique en cas d'incendie, présentant un degré de résistance au feu d'au moins 30 minutes.

Art. 4 - Compartimentage

Tout niveau bâti qui n'est pas un niveau normal d'évacuation est constitué d'un ou de plusieurs compartiments, étant entendu que

- 1° la superficie d'un compartiment n'excède pas 1 250 m²;
- 2° la longueur d'un compartiment correspond à la distance entre les deux points les plus éloignés du compartiment et n'excède pas 75 m.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er} :

- 1° les prescriptions ci-dessus ne s'appliquent pas aux aires de parcage avec étages;
- 2° un compartiment peut s'étendre sur deux étages superposés avec un escalier de communication (duplex), pour autant que la superficie cumulée des deux étages ne dépasse pas 700 m². Si la superficie totale est supérieure à 700 m², chaque niveau dispose d'un deuxième chemin d'évacuation, comme une cage d'escalier.

Art. 5 - Construction des compartiments

Les parois entre compartiments présentent au moins le degré de résistance au feu suivant :

- 30 minutes pour les bâtiments de catégorie 1;
- 60 minutes pour les bâtiments des catégories 2 et 3.

La communication entre deux compartiments n'est autorisée qu'au moyen de portes à fermeture automatique ou sollicitées à la fermeture automatique en cas d'incendie, présentant un degré de résistance au feu d'au moins 30 minutes.

Les parois verticales, les espaces intérieurs et les portes présentent le facteur de rétention (Rf) suivant :

- 1° pour les parois entre les compartiments : une valeur Rf de 60 minutes;
- 2° pour les parois des voies de sauvetage et les portes qui permettent d'y accéder : une valeur Rf de 30 minutes;
- 3° pour les parois intérieures qui délimitent des chambres à coucher, des dortoirs ou des appartements : une valeur Rf de 30 minutes.

Les portes sont sollicitées en position fermée. Sont exclues les portes donnant sur une chambre, un dortoir ou un appartement.

Dans les voies d'évacuation, les salles de réunion, les restaurants et les cuisines, les faux plafonds présentent une résistance au feu EI1 30.

Les éléments de suspension des faux-plafonds ainsi que des appareils et autres objets suspendus, tels que les équipements d'éclairage, les conduits d'air ou les tuyaux, sont calculés avec un coefficient de sécurité normal pour résister à une température ambiante d'au moins 100 °C.

Les cuisines collectives, qui comprennent éventuellement un restaurant, sont séparées des autres parties du bâtiment par des parois présentant une résistance au feu EI1 60.

Chaque communication se fait par une porte à fermeture automatique ou sollicitée à la fermeture automatique en cas d'incendie, présentant une résistance au feu EI1 30. Ces portes s'ouvrent vers l'extérieur depuis la cuisine.

Si la cuisine est compartimentée par rapport au restaurant, les transporteurs de vaisselle horizontaux et verticaux entre la cuisine et le restaurant répondent aux conditions suivantes :

- 1° lorsqu'il se fait via d'autres locaux, le transport se fait dans des gaines dont les parois présentent une résistance au feu EI1 60;

2° le système de transport est obturé à hauteur de la paroi du compartiment avec un dispositif présentant une résistance au feu EI1 60.

Si la cuisine n'est pas compartimentée par rapport au restaurant, chaque appareil fixe de friture est muni d'une installation fixe d'extinction automatique couplée avec un dispositif d'interruption de l'alimentation en énergie de l'appareil de friture.

Art. 6 - Aires de parking couvertes

Les parois séparant les aires de parking couvertes du reste du bâtiment présentent au moins le degré de résistance au feu suivant :

- 30 minutes pour les bâtiments de catégorie 1;
- 60 minutes pour les bâtiments des catégories 2 et 3.

La communication entre les aires de parking couvertes et la partie restante du bâtiment s'effectue uniquement par des portes à fermeture automatique ou sollicitées à la fermeture automatique en cas d'incendie, présentant un degré de résistance au feu d'au moins 30 minutes.

Chapitre 3 - Évacuation

Art. 7 - Possibilités d'évacuation

Chaque compartiment dispose d'au moins deux possibilités d'évacuation en cas d'incendie.

La première possibilité d'évacuation est constituée par un escalier.

La deuxième possibilité d'évacuation peut être prévue comme suit :

1° pour les bâtiments de catégorie 1 :

- a) un autre escalier;
- b) des échelles extérieures, dont la conception répond à l'article 13;
- c) une fenêtre ouvrante par chambre si le plancher de la chambre se situe approximativement au niveau du sol naturel. En outre, le seuil de fenêtre doit se trouver à 1,5 m de hauteur maximum par rapport au plancher;

2° pour les bâtiments des catégories 2 et 3 :

- a) un autre escalier;
- b) si cela n'est pas possible, des échelles extérieures dont la conception répond à l'article 13.

La distance à parcourir jusqu'à l'escalier le plus proche ne peut être supérieure à 30 m. La distance à parcourir jusqu'à la possibilité d'évacuation suivante ne peut être supérieure à 60 m.

Art. 8 - Emplacement et répartition des chemins d'évacuation

Les chambres accessibles aux hôtes, situées dans les étages supérieurs ou en sous-sol, doivent :

- 1° être desservies par au moins un escalier, nonobstant l'existence de tout autre moyen d'accès;
- 2° être desservies par au moins deux escaliers dans le cas des bâtiments des catégories 2 et 3.

Les chambres et les locaux accessibles aux hôtes mènent directement vers un chemin d'évacuation. La communication entre les cages d'escalier et vers ces dernières est assurée par des voies d'évacuation ou des coursives extérieures.

Art. 9 - Largeur des voies d'évacuation

La largeur utile des portes de sortie est d'au moins 0,80 m.

La largeur des voies d'évacuation, des voies de sauvetage et des issues de secours est supérieure ou égale à 0,80 m pour une hauteur minimale de 2 m. Leur largeur utile minimale totale est proportionnelle, à raison de 1 cm par personne, au nombre de personnes qui les utilisent en cas d'évacuation.

Les escaliers accessibles au public présentent une largeur utile totale au moins égale, en centimètres, au nombre de personnes appelées à les utiliser, multiplié par 1,25 s'ils descendent vers les sorties et multiplié par 2 s'ils montent vers les sorties, le minimum étant de 1 m.

Si le nombre de ces personnes ne peut pas être convenablement estimé, l'exploitant en fixe le nombre sous sa propre responsabilité.

Art. 10 - Portes

Les portes coulissantes automatiques ne sont autorisées que pour les issues menant directement vers l'extérieur, à condition que les éléments coulissants puissent se transformer en éléments battants par simple pression.

Les portes tournantes et les tourniquets ne sont pas autorisés, sauf s'ils viennent s'ajouter aux sorties obligatoires.

Les escaliers mécaniques doivent pouvoir être arrêtés immédiatement par un interrupteur de commande placé au-dessus et en dessous de l'escalier.

Chapitre 4 - Escaliers

Art. 11 - Escaliers

Les escaliers sont pourvus, de chaque côté et à une hauteur d'au moins 0,75 m, d'une main courante solidement fixée, longeant également les paliers, le cas échéant. Leur largeur utile est d'au moins 0,80 m. Pour les escaliers d'une largeur utile de moins de 1,20 m, une seule main courante est suffisante.

La profondeur des marches est de 20 cm au moins sur la ligne de foulée. Les marches sont pourvues de contremarches pleines.

Les escaliers des bâtiments de catégorie 3, à l'exception des escaliers de communication intérieurs des duplex, satisfont en outre aux conditions suivantes :

- 1° les volées sont droites, se superposent et comportent au maximum 17 marches;
- 2° la profondeur des marches est, en tous points, d'au moins 25 cm;
- 3° la hauteur des marches ne peut dépasser 18 cm;
- 4° aucune marche ne peut dépasser la contremarche de plus de 5 cm;
- 5° l'angle de pente ne peut dépasser 37°.

Art. 12 - Escaliers extérieurs

Les escaliers extérieurs remplissent les conditions suivantes :

- 1° les marches sont antidérapantes;
- 2° l'escalier est droit;
- 3° le giron des marches est, partout, d'au moins 20 cm;

- 4° la hauteur des marches ne peut dépasser 18 cm;
- 5° l'angle de pente ne peut dépasser 37°.

Aucune résistance au feu n'est requise, mais le matériau utilisé appartient à la classe A1. Les escaliers sont pourvus de mains courantes.

Art. 13 - Échelles extérieures

Les échelles extérieures sont solidement fixées. Elles sont escamotables ou non et débouchent sur des endroits où les utilisateurs peuvent se mettre en sécurité. L'échelle est facilement accessible aux personnes présentes et comporte une plate-forme équipée de garde-fous d'au moins 1 m de hauteur.

Art. 14 - Cages d'escaliers intérieures

Chaque escalier intérieur reliant des compartiments différents doit être encloisonné.

Les parois intérieures des cages d'escalier présentent un degré de résistance au feu d'au moins 60 minutes ou sont construites en maçonnerie ou en béton. Les portes d'accès présentent un degré de résistance au feu de 30 minutes et sont munies d'un dispositif de fermeture automatique en cas d'incendie.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les escaliers intérieurs peuvent ne pas être encloisonnés dans les bâtiments suivants :

- 1° bâtiment ne comportant qu'un étage au-dessus du niveau normal d'évacuation et dont le nombre d'hôtes est limité à 20;
- 2° bâtiment ne comportant que deux étages au-dessus du niveau normal d'évacuation et dont le nombre d'hôtes est limité à 20. Dans ce cas, toutes les chambres sont cependant directement accessibles aux services d'incendie.

Pour les bâtiments des catégories 1 et 2, et pour autant qu'il n'y ait que 10 chambres par étage avec un maximum de 20 personnes, les murs et portes d'accès à ces chambres peuvent constituer l'encloisonnement de la cage d'escalier. Dans ce cas, les portes de chambres Rf peuvent ne pas être équipées d'un dispositif de fermeture automatique.

Les cages d'escaliers donnent accès à un niveau d'évacuation.

Une baie de ventilation débouchant à l'air libre se trouve dans la partie supérieure de chaque cage d'escalier. Cette baie de 1 m² de section peut être montée horizontalement, verticalement ou en biais.

Art. 15 - Accès aux voies d'évacuation extérieures

Hormis les extincteurs, les canalisations d'extinction, les câbles électriques des éclairages de sécurité, les luminaires et les radiateurs, aucun autre objet ne se trouve dans les cages d'escalier ou en rend l'accès difficile.

Art. 16 - Signalisation

Un numéro est attribué à chaque étage en tenant compte des prescriptions suivantes :

- 1° les numéros sont consécutifs;
- 2° le niveau normal d'évacuation porte le numéro 0;
- 3° les niveaux situés sous le niveau normal d'évacuation portent un numéro négatif;
- 4° les niveaux situés au-dessus du niveau normal d'évacuation portent un numéro positif.

Le numéro de chaque étage est apposé lisiblement sur la paroi intérieure et extérieure des paliers, escaliers ou cages d'escaliers. Dans la cabine d'ascenseur ou depuis celle-ci, le numéro de l'étage est visible à chaque arrêt.

Les sorties et issues de secours ainsi que les voies, coursives et escaliers qui y conduisent sont signalés par les pictogrammes prévus dans les dispositions du Code du bien-être au travail.

Dans les ascenseurs, les numéros d'ordre des étages doivent être indiqués à côté des boutons de commande correspondants. À côté des numéros des étages où se trouvent les sorties ou, selon le cas, les issues de secours, il est en outre apposé un panneau de secours conformément aux dispositions du Livre III du Code du bien-être au travail.

Chapitre 5 - Exigences concernant la réaction au feu

Art. 17 - Revêtements

Pour le renouvellement des revêtements de parois existants, les exigences de l'annexe 5 de l'arrêté royal du 7 juillet 1994 sont applicables.

Pour le renouvellement des revêtements de parois existants ou l'extension d'un bâtiment existant, l'usage de planchettes en bois comme élément de décoration est admis, pour autant que la protection contre l'incendie des planchettes en bois soit garantie par un revêtement ou un traitement et que les planchettes soient fixées à un élément A0 incombustible. Leur usage est interdit dans les voies d'évacuation et les cuisines collectives.

Art. 18 - Protection thermique et acoustique

Tout isolant n'appartenant pas à la classe incombustible A0 doit obligatoirement être habillé, de tous côtés, de matériaux de classe A0.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, tout isolant n'appartenant pas à la classe A0 peut être habillé, de tous côtés, de matériaux de classe A1 avec l'autorisation de la zone de secours compétente.

Chapitre 6 - Chauffage de locaux et canalisation d'alimentation de combustible

Art. 19 - Chaufferie

Les murs, parois, planchers et plafonds des chaufferies présentent un degré de résistance au feu d'au moins 60 minutes. S'il est fait usage de combustibles liquides ou gazeux, toute communication entre la chaufferie et le bâtiment, et entre la chaufferie et le dépôt de combustibles, est fermée par une porte présentant une résistance au feu EI1 30.

Ces portes se ferment automatiquement. Elles ne peuvent être pourvues d'un dispositif permettant de les fixer en position ouverte. Il est interdit de les maintenir en position ouverte.

Art. 20 - Appareils de chauffage

Les générateurs de chaleur à allumage automatique utilisant un combustible liquide ou gazeux sont équipés de manière à ce que l'alimentation en combustible soit automatiquement interrompue dans les cas suivants :

1° pendant l'arrêt, automatique ou non, du brûleur;

- 2° dès l'extinction accidentelle de la flamme;
- 3° dès surchauffe ou surpression de l'échangeur de chaleur;
- 4° en cas de coupure du courant électrique, pour les générateurs de chaleur à combustible liquide.

Les installations de chauffage à air chaud remplissent les conditions suivantes :

- 1° la température de l'air aux points de distribution ne peut excéder 80 °C;
- 2° les gaines d'amenée d'air chaud sont construites entièrement en matériaux incombustibles;
- 3° lorsque le générateur d'air chaud se trouve dans une chaufferie :
 - a) l'aspiration de l'air à chauffer ne peut se faire dans cette chaufferie ou ses dépendances;
 - b) les bouches de prise et de reprise d'air sont munies de filtres à poussières efficaces non susceptibles d'émettre des vapeurs combustibles.

Si l'air est chauffé directement dans le générateur, la pression de l'air chaud dans celui-ci est toujours supérieure à celle du gaz circulant dans le foyer.

Dans les chambres, les appareils de chauffage électrique sont autorisés, à l'exclusion de ceux à résistance apparente. Les appareils individuels à combustion sont interdits.

Lors de l'utilisation d'appareils de chauffage électrique à accumulation à décharge par convection forcée, la température de l'air aux points de distribution ne peut dépasser 80 °C. Ces appareils répondent aux exigences du marquage CE.

Art. 21 - Canalisation d'alimentation de gaz

Lorsque le bâtiment dans lequel est situé l'hébergement touristique comporte des installations d'alimentation de gaz, celles-ci sont conformes à la norme NBN D 51-003:2010+A2:2021 et à la norme NBN D 51-006.

Art. 22 - Appareils à gaz

Les appareils à gaz (chauffage, traitement de l'eau du robinet ou cuisine) satisfont aux prescriptions des normes belges et aux dispositions des réglementations correspondantes. Ces appareils répondent aux exigences du marquage CE.

Art. 23 - Gaz naturel

Tous les compteurs de gaz naturel répondent à la norme NBN D 51-003:2010+A2:2021 et à la norme NBN D 51-004.

Les compteurs sont installés dans un local clos exclusivement réservé à cet effet et construit en matériaux incombustibles. Le local est doté d'une aération haute suffisante donnant directement vers l'extérieur.

Art. 24 - Gaz de pétrole liquéfié

Les installations au gaz de pétrole liquéfié sont conformes à la norme NBN D 51-006.

Les dépôts avec réservoirs fixes répondent aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement wallon du 7 juillet 2005 déterminant les conditions intégrales relatives aux dépôts de gaz de pétrole liquéfié en « vrac », et sont contrôlés en conséquence.

Art. 25 - Mesures de sécurité concernant les récipients mobiles

Les récipients mobiles ne sont pas stockés à l'intérieur des bâtiments, à l'exception de ceux dont la quantité de combustible ne dépasse pas 3 kilogrammes. À l'extérieur des bâtiments, ils sont stockés à une distance minimale de 1,50 m par rapport aux fenêtres et de 2,50 m par rapport aux portes.

Les récipients mobiles et leur appareillage sont protégés contre les intempéries.

Chapitre 7 - Équipement des établissements

Art. 26 - Ascenseurs et monte-charges

Sous réserve des dispositions générales ou particulières applicables de l'arrêté royal du 9 mars 2003 relatif à la sécurité des ascenseurs, les ascenseurs et monte-charges constitués d'une ou de plusieurs gaines sont délimités par des parois présentant, pour toutes les catégories, un degré de résistance au feu d'au moins 60 minutes.

La porte de l'ascenseur elle-même présente une étanchéité aux flammes d'au moins 30 minutes.

Art. 27 - Ascenseurs à appel prioritaire

Chaque bâtiment de catégorie 3 est desservi par un ascenseur à appel prioritaire. Cet ascenseur débouche sur un niveau d'évacuation aisément accessible par les services d'incendie. Lorsque plusieurs batteries d'ascenseurs desservent un même compartiment, chaque batterie est pourvue d'un ascenseur prioritaire.

Cette condition est remplie :

1° soit par un ascenseur desservant le niveau d'évacuation et tous les étages situés au-dessus de celui-ci;

2° soit par plusieurs ascenseurs desservant chacun le niveau d'évacuation et une partie des étages situés au-dessus de celui-ci, à condition que l'ensemble des ascenseurs à appel prioritaire permette l'accès à tous les compartiments du bâtiment.

Sur le palier d'ascenseur du niveau d'évacuation se trouve un interrupteur « Pompiers » destiné à l'appel prioritaire des ascenseurs. Cet interrupteur se trouve dans un coffret doté d'une vitre. Il permet de rappeler la cabine de l'ascenseur prioritaire au niveau d'évacuation après son arrêt. Celle-ci peut être utilisée sans répondre aux appels extérieurs.

Art. 28 - Installations électriques de force motrice, d'éclairage et de signalisation

Les installations suivantes doivent être maintenues en service, même en cas de panne de l'alimentation en énergie :

- 1° les installations d'annonce, d'alerte et d'alarme;
- 2° les installations d'évacuation de fumée et de chaleur;
- 3° la machinerie des ascenseurs à appel prioritaire;
- 4° les pompes à incendie.

Le service est garanti pour 60 minutes. La ligne électrique servant à alimenter les installations citées présente un degré de résistance au feu d'au moins 60 minutes.

Cette alimentation d'urgence s'active dans un délai de 30 secondes.

Art. 29 - Éclairage de sécurité

Les grands locaux collectifs (réfectoires, salles de restaurant, cuisines, salles de réunion ou locaux de détente), les voies et possibilités d'évacuation, les escaliers, les cabines d'ascenseurs, les chaufferies et les locaux abritant les groupes électrogènes de secours sont pourvus d'un éclairage de sécurité.

Les installations et appareils d'éclairage de sécurité sont conformes aux normes suivantes :

- NBN C 71-100 « Appareils d'éclairage électrique et accessoires - Éclairage de sécurité - Règles d'installation et consignes pour le contrôle et l'entretien »;
- NBN C 71-598-222 « Luminaires - Deuxième partie : Règles particulières - Section vingt-deux - Luminaires pour éclairage de secours »; et
- NBN L 13-005 « Éclairage de sécurité dans les bâtiments - Prescriptions photométriques et colorimétriques ».

En cas de renouvellement de l'installation ou des appareils, l'éclairage de sécurité est conforme aux normes suivantes :

- NBN EN 1838 « Éclairage de secours »;
- NBN EN 60598-2-22 « Luminaires - Partie 2-22 : Règles particulières - Luminaires pour éclairage de secours »; et
- NBN EN 50172 « Systèmes d'éclairage de sécurité ».

Art. 30 - Alerte et alarme

Les signaux d'alerte et d'alarme ne peuvent être confondus entre eux ou avec d'autres signaux. Ils doivent pouvoir être perçus par toutes les personnes intéressées.

Les boutons-poussoirs nécessaires à leur déclenchement sont installés à des endroits bien visibles et accessibles. Le câblage présente un degré de résistance au feu d'au moins 60 minutes.

Art. 31 - Moyens d'extinction

Les moyens d'extinction comprennent des appareils ou des installations automatiques ou non.

Les extincteurs sont destinés aux cas d'urgence; ils sont donc principalement destinés à être utilisés par le personnel et les hôtes.

Les extincteurs sont conformes aux normes de la série NBN EN 3 « Extincteurs d'incendie portatifs », les dévidoirs muraux sont conformes à la norme NBN EN 671-1 « Installations fixes de lutte contre l'incendie - Systèmes équipés de tuyaux - Partie 1 : Robinets d'incendie armés équipés de tuyaux semi-rigides » et les hydrants muraux sont conformes à la norme NBN EN 671-2 « Installations fixes de lutte contre l'incendie - Systèmes équipés de tuyaux - Partie 2 : Postes d'eau muraux équipés de tuyaux plats ».

Les extincteurs et les dévidoirs muraux légalement fabriqués et/ou commercialisés dans un autre État membre de l'Union européenne ou en Turquie, ou dans un État signataire de l'AELE, partie contractante de l'accord sur l'Espace économique européen, et offrant un niveau de protection équivalent à celui prescrit par lesdites normes, sont également autorisés.

Art. 32 - Dévidoirs muraux à alimentation axiale et hydrants muraux

Lorsque des dévidoirs muraux à alimentation axiale sont choisis comme moyen d'extinction, ceux-ci sont installés en nombre et à des endroits tels que les surfaces à protéger soient atteintes par le jet d'une lance.

Lorsque des dévidoirs à alimentation axiale doublés d'hydrants muraux sont choisis comme moyen d'extinction et d'urgence, ils répondent aux règles ci-après :

- 1° ils sont groupés et leur alimentation en eau est commune;
- 2° ils sont installés en nombre et à des endroits tels que les surfaces à protéger soient atteintes par le jet d'une lance;
- 3° ils sont conformes aux normes NBN EN 671-1 et NBN EN 671-2.

Dans les bâtiments de catégorie 3, il est installé au moins un hydrant mural conforme à la norme NBN EN 671 à chaque étage.

Le diamètre de la canalisation d'alimentation est d'au moins 70 mm. La pression restante à l'hydrant le plus défavorisé est d'au moins 2,5 bars quand il débite 500 l/min sans tuyau ni lance.

Les appareils sont alimentés en eau sous pression, et ce, sans manœuvre préalable. Les canalisations d'alimentation situées à l'intérieur du bâtiment sont en acier inoxydable, en acier galvanisé ou en cuivre. Elles sont soigneusement protégées contre le gel.

Art. 33 - Alimentation en eau d'extinction

L'alimentation en eau d'extinction doit être suffisante. Elle peut se faire par de l'eau courante ou stagnante ou par le réseau public de distribution. Dans ce dernier cas, le nombre et la localisation des hydrants sont tels que l'hydrant le plus proche est situé à une distance inférieure à 100 m de l'entrée du bâtiment.

Une signalisation conforme à la circulaire du Ministère du 14 octobre 1975 relative aux ressources en eau pour l'extinction des incendies est prévue.

Dans le cas où l'alimentation se fait par eau courante ou stagnante, la capacité de la réserve en eau est d'au moins 50 m³ pour les bâtiments des catégories 1 et 2 et de 100 m³ pour ceux de la catégorie 3.

Chapitre 8 - Entretien et contrôle

Art. 34 - Installations électriques de force motrice, d'éclairage et de signalisation

Les installations électriques sont examinées par un service agréé par le Service public fédéral Économie selon les modalités prévues par le Règlement général pour la protection du travail :

- 1° lors de leur mise en service et après des modifications importantes;
- 2° une fois par an pour toutes les installations.

Outre les dispositions de l'article 28 du Règlement général pour la protection du travail, ces obligations sont étendues à tous les établissements concernés par la présente annexe, qu'ils occupent ou non du personnel.

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme en ce qui concerne les normes de sécurité spécifiques pour les hébergements touristiques.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias
I. WEYKMANS

Annexe 2 à l'arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme en ce qui concerne les normes de sécurité spécifiques pour les hébergements touristiques

Normes de sécurité spécifiques pour les terrains de camping

Chapitre 1^{er} - Dispositions générales

Article 1^{er} - Champ d'application

Les dispositions de la présente annexe établissent en outre les normes de sécurité spécifiques pour les hébergements touristiques appartenant à la catégorie terrain de camping, visés à l'article 9, 5°, du décret du 23 janvier 2017.

Chapitre 2 - Bâtiments accessibles au public

Art. 2 - Dispositions applicables aux vestiaires, aux sanitaires ou aux douches

Pour les bâtiments isolés ne comprenant que des locaux servant de vestiaires, sanitaires ou douches, seuls les articles 7, 11, 13, 27, § 2, et 18 de la présente annexe sont applicables.

Il en est de même pour les ensembles de locaux servant de vestiaires, sanitaires ou douches attenants à des bâtiments accessibles au public, lorsqu'ils en sont séparés par des éléments Rf.

Art. 3 - Densité d'occupation totale maximale

Dans les locaux accessibles aux hôtes, la densité totale théorique d'occupation est déterminée en fonction des critères visés à l'annexe 1^{re} de l'arrêté royal du 7 juillet 1994.

Pour les locaux collectifs, tels que les cafés, les débits de boissons, les restaurants, les salles de réunion ou les salles des fêtes, la densité totale théorique d'occupation est calculée sur la base d'une personne par m² de surface plancher totale des locaux accessibles au public.

Le nombre maximal autorisé de personnes présentes simultanément dépend en outre de la largeur utile totale des voies d'évacuation telle que déterminée à l'article 8.

L'exploitant peut, sur demande écrite et motivée, solliciter l'autorisation du bourgmestre pour fixer le nombre total maximum autorisé de personnes présentes simultanément.

Art. 4 - Éléments de construction

Les éléments structurels qui assurent la stabilité de l'ensemble du bâtiment à l'intérieur du lieu accessible au public et des locaux indispensables à son fonctionnement présentent eux-mêmes un degré de résistance au feu d'au moins 60 minutes.

Dans la zone ne présentant pas d'étages au-dessus, le degré de résistance au feu des éléments structurels et de la charpente de toiture est d'au moins 30 minutes. Si ces éléments ne présentent pas eux-mêmes le degré de résistance au feu respectif mentionné, ils peuvent être protégés de manière à l'atteindre.

Dans le cas contraire, une installation de détection automatique d'incendie généralisée est prévue. Cette installation est conforme aux normes NBN S 21-100-1 « Systèmes de détection et d'alarme incendie - Partie 1 : Règles pour l'analyse des risques et l'évaluation des besoins, l'étude et la conception, le placement, la mise en service, le contrôle, l'utilisation, la vérification et la maintenance » et NBN S 21-100-2 « Systèmes de détection et d'alarme incendie - Partie 2 : Qualifications et compétences ».

L'ensemble de la couverture des toitures répond à la classe B_{Roof(t1)} selon la norme NBN CEN/TS 1187:2013 « Méthodes d'essai pour l'exposition des toitures à un feu extérieur » ou à un matériau de couverture de toiture équivalent.

Art. 5 - Formation de compartiments coupe-feu

L'ensemble du volume accessible forme un compartiment coupe-feu indépendant, séparé du reste du bâtiment par des parois horizontales et verticales présentant un degré de résistance au feu uniforme d'au moins 60 minutes. Tout passage vers des volumes contigus se fait uniquement par des portes à fermeture automatique ou sollicitées à la fermeture automatique en cas d'incendie, présentant un degré de résistance au feu d'au moins 30 minutes.

Les cuisines collectives, qui comprennent éventuellement un restaurant, sont séparées des autres parties du bâtiment par des parois présentant une résistance au feu EI1 60.

Chaque communication se fait par une porte à fermeture automatique ou sollicitée à la fermeture automatique en cas d'incendie, présentant une résistance au feu EI1 30. Ces portes s'ouvrent vers l'extérieur depuis la cuisine.

Si la cuisine est compartimentée par rapport au restaurant, les transporteurs de vaisselle horizontaux et verticaux entre la cuisine et le restaurant répondent aux conditions suivantes :

1° lorsqu'il se fait via d'autres locaux, le transport se fait dans des gaines dont les parois présentent une résistance au feu EI1 60;

2° le système de transport est obturé à hauteur de la paroi du compartiment avec un dispositif présentant une résistance au feu EI1 60.

Si la cuisine n'est pas compartimentée par rapport au restaurant, chaque appareil fixe de friture est muni d'une installation fixe d'extinction automatique couplée avec un dispositif d'interruption de l'alimentation en énergie de l'appareil de friture.

Art. 6 - Aménagements intérieurs

Les faux-plafonds et leurs éléments de suspension sont, dans la mesure où ils ne contribuent pas à protéger les éléments structurels, construits avec des matériaux de classe A1 ou recouverts de tels matériaux. Ils présentent un degré de résistance au feu d'au moins 30 minutes.

Tous les sièges sont disposés de manière à faciliter une évacuation rapide. Lorsqu'il y a des rangées de sièges, celles-ci ne comprennent pas plus de 10 sièges si elles sont desservies par un seul couloir. Elles peuvent comprendre 20 sièges si elles sont desservies par deux couloirs.

Pour le renouvellement des revêtements existants, les dispositions de l'annexe 5/1 de l'arrêté royal du 7 juillet 1994 sont applicables.

Art. 7 - Emplacement et répartition des chemins d'évacuation

Les locaux des sous-sols accessibles au public ou, selon le cas, des étages supérieurs sont desservis par un ou plusieurs escaliers distincts de celui ou ceux utilisés à titre privé.

L'évacuation des locaux privés se fait par une voie d'évacuation dont les parois verticales présentent un degré de résistance au feu d'au moins 60 minutes et dont les portes présentent une résistance au feu EI1 30.

Art. 8 - Largeur des voies d'évacuation

La largeur utile des portes de sortie est d'au moins 0,80 m.

La largeur des voies d'évacuation, des voies de sauvetage et des issues de secours est supérieure ou égale à 0,80 m pour une hauteur minimale de 2 m. Leur largeur utile minimale totale correspond, à raison de 1 cm par personne, au nombre de personnes qui les utilisent en cas d'évacuation.

Les escaliers accessibles au public présentent une largeur utile totale au moins égale, en centimètres, au nombre de personnes appelées à les utiliser, multiplié par 1,25 s'ils descendent vers les sorties et multiplié par 2 s'ils montent vers les sorties, le minimum étant de 1 m.

Si le nombre de ces personnes ne peut pas être convenablement estimé, l'exploitant en fixe le nombre sous sa propre responsabilité.

Art. 9 - Portes

Les portes coulissantes automatiques ne sont autorisées que pour les issues menant directement vers l'extérieur, à condition que les éléments coulissants puissent se transformer en éléments battants par simple pression.

Les portes tournantes et les tourniquets ne sont pas autorisés, sauf s'ils viennent s'ajouter aux sorties obligatoires.

Les portes basculantes sont interdites.

Art. 10 - Escaliers

Les escaliers sont pourvus, de chaque côté et à une hauteur d'au moins 0,75 m, d'une main courante solidement fixée, longeant également les paliers, le cas échéant. Leur largeur utile est d'au moins 0,80 m. Pour les escaliers d'une largeur utile de moins de 1,20 m, une seule main courante est suffisante.

La profondeur des marches est de 20 cm au moins sur la ligne de foulée. Les marches sont pourvues de contremarches pleines.

Art. 11 - Signalisation

Les sorties et issues de secours ainsi que les voies, coursives et escaliers qui y conduisent sont signalés par des pictogrammes conformes aux dispositions du Code du bien-être au travail.

Art. 12 - Chaufferie

Les murs, parois, planchers et plafonds des chaufferies présentent un degré de résistance au feu d'au moins 60 minutes. S'il est fait usage de combustibles liquides ou gazeux, toute communication

entre la chaufferie et le bâtiment, et entre la chaufferie et le dépôt de combustibles, est fermée par une porte à fermeture automatique présentant une résistance au feu EI1 30.

Sont applicables :

- 1° aux chaufferies dont la puissance totale est ≥ 70 kW : la norme NBN B 61-001 « Chaufferies et cheminées »;
- 2° aux chaufferies dont la puissance totale est < 70 kW : la norme NBN B 61-002 « Chaudières de chauffage central dont la puissance nominale est inférieure à 70 kW »;
- 3° aux chaudières dont la puissance est inférieure à 30 kW : la norme NBN B 61-002.

Les réservoirs de combustibles liquides sont placés dans une cuvette étanche d'une capacité au moins égale au volume de stockage.

Le cuvelage n'est pas demandé pour les citernes métalliques d'une capacité maximale de 3 000 litres si

- 1° le système de jauge est interne; et/ou
- 2° les canalisations desservant la citerne sont métalliques.

Les obligations relatives aux réservoirs sont également applicables aux réservoirs de combustibles liquides situés à l'extérieur d'un bâtiment. La cuvette est construite en matériaux de classe A0.

Art. 13 - Appareils de chauffage

Les générateurs de chaleur à allumage automatique utilisant un combustible liquide ou gazeux sont équipés de manière à ce que l'alimentation en combustible soit automatiquement interrompue dans les cas suivants :

- 1° pendant l'arrêt, automatique ou non, du brûleur;
- 2° dès l'extinction accidentelle de la flamme;
- 3° dès surchauffe ou surpression de l'échangeur de chaleur;
- 4° en cas de coupure du courant électrique, pour les générateurs de chaleur à combustible liquide.

Les installations de chauffage à air chaud remplissent les conditions suivantes :

- 1° la température de l'air aux points de distribution ne peut excéder 80 °C;
- 2° les gaines d'amenée d'air chaud sont construites entièrement en matériaux incombustibles;
- 3° lorsque le générateur d'air chaud se trouve dans une chaufferie :
 - a) l'aspiration de l'air à chauffer ne peut se faire dans cette chaufferie ou ses dépendances;
 - b) les bouches de prise et de reprise d'air sont munies de filtres à poussières efficaces non susceptibles d'émettre des vapeurs combustibles.

Si l'air est chauffé directement dans le générateur, la pression de l'air chaud dans celui-ci est toujours supérieure à celle du gaz circulant dans le foyer.

Dans les espaces intérieurs, les appareils de chauffage électrique sont autorisés, à l'exclusion de ceux à résistance apparente. Les appareils individuels à combustion sont interdits.

Lors de l'utilisation d'appareils de chauffage électrique à accumulation à décharge par convection forcée (autrement appelés radiateurs électriques à accumulation du type dynamique), la température de l'air aux points de distribution ne peut pas dépasser 80 °C. Ces appareils répondent aux exigences du marquage CE.

Art. 14 - Appareils à gaz

Les appareils à gaz (chauffage, traitement de l'eau du robinet ou cuisine) satisfont aux prescriptions des normes belges et aux dispositions des réglementations correspondantes. Ils sont munis d'une marque de conformité BENOR ou AGB s'ils ont été fabriqués avant le 1^{er} janvier 1996, et du marquage CE s'ils ont été fabriqués après le 31 décembre 1995.

Art. 15 - Gaz naturel

Tous les compteurs de gaz naturel répondent à la norme NBN D 51-003:2010+A2:2021 et à la norme NBN D 51-004.

Les compteurs sont installés dans un local clos exclusivement réservé à cet effet et construit en matériaux incombustibles. Le local est doté d'une aération haute suffisante donnant directement vers l'extérieur.

Art. 16 - Gaz de pétrole liquéfié

Les installations au gaz de pétrole liquéfié sont conformes à la norme NBN D 51-006.

Les dépôts avec réservoirs fixes répondent aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement wallon du 7 juillet 2005 déterminant les conditions intégrales relatives aux dépôts de gaz de pétrole liquéfié en « vrac », et sont contrôlés en conséquence.

Art. 17 - Mesures de sécurité concernant les récipients mobiles

Les récipients mobiles ne sont pas stockés à l'intérieur des bâtiments, à l'exception de ceux dont la quantité de combustible ne dépasse pas 3 kilogrammes. À l'extérieur des bâtiments, ils sont stockés à une distance minimale de 1,50 m par rapport aux fenêtres et de 2,50 m par rapport aux portes.

Les récipients mobiles et leur appareillage sont protégés contre les intempéries.

Art. 18 - Éclairage de sécurité

Les grands locaux collectifs (réfectoires, salles de restaurant, cuisines, salles de réunion ou locaux de détente), les voies et possibilités d'évacuation, les escaliers, les cabines d'ascenseurs, les chaufferies et les locaux abritant les groupes électrogènes de secours sont pourvus d'un éclairage de sécurité.

Les installations et appareils d'éclairage de sécurité sont conformes aux normes suivantes :

- NBN C 71-100;
- NBN C 71-598-222; et
- NBN L 13-005.

En cas de renouvellement de l'installation ou des appareils, l'éclairage de sécurité est conforme aux normes suivantes :

- NBN EN-1838;
- NBN EN-60598-2-22; et
- NBN EN-50172.

Art. 19 - Système d'extraction de fumée et de chaleur

En fonction de l'importance et de la nature des risques, le bourgmestre peut, après avis de la zone de secours compétente, ordonner la mise en place de dispositifs de désenfumage. Le nombre, la surface de ces dispositifs d'extraction ainsi que le système de commande sont établis conformément aux normes et au code de bonne pratique en vigueur.

Art. 20 - Moyens de lutte contre l'incendie

Les bâtiments et les installations qui sont destinés au public sont équipés de moyens d'extinction, tels qu'extincteurs, dévidoirs ou systèmes d'extinction automatique, en fonction de l'importance et de la nature des risques.

Dans tous les cas, il faut prévoir au moins un extincteur à eau avec additifs de 6 litres ou un extincteur à poudre (polyvalente) de 6 kg. Les extincteurs sont conformes aux normes de la série NBN EN 3.

Tous les extincteurs sont fixés à une hauteur de 1 m.

Le matériel de lutte contre l'incendie est en bon état, protégé contre le gel, facilement accessible et judicieusement réparti. Il est immédiatement prêt à l'emploi.

Si la cuisine n'est pas conçue comme un compartiment coupe-feu résistant au feu, les appareils de friture et autres appareils de cuisson doivent être protégés par une installation automatique d'extinction à eau légère. Le déclenchement de l'installation interrompt l'alimentation en énergie des appareils de friture et des autres appareils de cuisson. Le mode automatique est complété par une commande manuelle qui se trouve dans un endroit protégé, à l'écart des appareils de cuisson.

Le matériel d'extinction est signalé de manière visible à l'aide de pictogrammes conformes aux dispositions du Code du bien-être au travail.

Dans le cas des chaudières à combustible liquide, chaque brûleur est protégé par un système d'extinction automatique. Le fonctionnement de ce système entraîne l'interruption de l'alimentation en combustible et en électricité.

Art. 21 - Moyens d'extinction et réserves d'eau

Le terrain de camping est équipé d'au moins un poste d'incendie par groupe ou fraction de groupe de 100 emplacements, disposé sur le terrain dans le périmètre de chaque groupe ou fraction de groupe de 100 emplacements.

Chaque poste d'incendie est équipé de trois extincteurs portatifs à poudre (polyvalente) de type ABC de 6 kg ou de deux extincteurs portatifs à poudre (polyvalente) de type ABC de 9 kg. Les extincteurs sont conformes aux normes de la série NBN EN 3.

Le matériel de lutte contre l'incendie est placé dans une armoire qui s'ouvre facilement. Celle-ci est fixée sur un support rouge à une hauteur maximale de 1 mètre.

Les postes d'extinction à eau sont judicieusement répartis sur le terrain de camping en accord avec la zone de secours compétente. Ils sont signalés de manière visible à l'aide de pictogrammes conformes aux dispositions du Code du bien-être au travail.

Un hydrant d'un débit de 400 l/min, raccordé au réseau public d'approvisionnement en eau, est disponible à proximité immédiate du terrain de camping. Dans le cas contraire, il faut prévoir une réserve d'eau d'au moins 20 m³.

Art. 22 - Détection automatique d'incendie

Les unités de logement doivent être chacune équipées d'un système de détection automatique d'incendie conformément aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement wallon du 21 octobre 2004 relatif à la présence de détecteurs d'incendie dans les logements.

Chapitre 3 - Surfaces et chemins

Art. 23 - Voiries d'accès

Ne peuvent être exigées pour les voiries d'accès extérieures que les caractéristiques maximales suivantes :

- largeur libre minimale : 6 m;
- hauteur libre minimale : 4 m;
- pente maximale : 12 % max.;
- rayon de braquage : 11 m intérieur et 15 m extérieur.

Sont exigées pour les voiries intérieures les caractéristiques minimales suivantes :

- largeur au sol : 3 m;
- largeur libre minimale : 3,5 m;
- hauteur libre minimale : 4 m.

La longueur des chemins en cul-de-sac est d'au moins 30 m. Si la longueur d'un chemin en cul-de-sac est supérieure à 30 m, une aire de retournement et de manœuvre est prévue. Celle-ci présente les caractéristiques suivantes :

- soit un carré de 20 m de côté, libre de tout obstacle;
- soit un cercle de 11 m de rayon, libre de tout obstacle.

Si le terrain de camping est accessible par des barrières automatiques, celles-ci sont installées selon les principes de la sécurité positive et équipées d'un système adapté, approuvé par la zone de secours compétente. Ce système permet un accès permanent au terrain de camping.

Si le terrain de camping est situé dans un endroit présentant un risque d'incendie, par exemple en forêt ou en bordure de terrain boisé, il est débroussaillé en permanence.

Dans certaines configurations d'implantation du terrain de camping, des moyens complémentaires d'extinction peuvent être imposés par la zone de secours compétente.

Art. 24 - Circulation

Le stationnement est interdit sur les voiries intérieures et extérieures du terrain de camping.

La direction et le cheminement permettant de rejoindre les différentes sorties sont signalés.

Pour les terrains de camping disposant d'une boucle de circulation, un sens de circulation est obligatoirement mis en place.

Art. 25 - Évacuation

Si le terrain de camping est délimité par une enceinte quelconque, il dispose de deux issues de secours permettant aux personnes de sortir dudit terrain.

L'accès à ces issues de secours est signalé et éclairé.

Art. 26 - Panneaux de signalisation

Pour faciliter la circulation sur les voiries intérieures du terrain de camping, des panneaux de signalisation sont mis en place. Cette signalisation est réalisée sur la base des panneaux de signalisation routière suivants, prévus par la loi du 16 mars 1968 relative à la police de la circulation routière :

- Stationnement interdit - E1;
- Stop - B5;
- Panneaux d'obligation - D1e - D1f;
- Panneaux d'interdiction - C1 - C43;
- Signes de priorité - B1.

Les issues de secours sont signalées à l'aide de pictogrammes conformes aux dispositions du Code du bien-être au travail.

Art. 27 - Installations électriques

§ 1^{er} - Toutes les voiries intérieures et extérieures du terrain de camping sont éclairées. Tous les types d'éclairage sont autorisés, à l'exception des lampes à combustible.

Cet éclairage permet un déplacement aisé sur tout le site et l'évacuation des personnes présentes en cas de nécessité.

Cet éclairage n'est pas permanent.

§ 2 - Les installations électriques sont conformes aux dispositions du Règlement général sur les installations électriques ainsi qu'aux éventuelles normes et règlements applicables, dans leur version en vigueur. Ces installations sont vérifiées par un organisme de contrôle agréé par le Service public fédéral Économie.

Art. 28 - Moyens d'annonce et d'alarme

L'exploitant met en place des moyens d'annonce et d'alarme.

Un poste téléphonique fixe, accessible, est à disposition pour donner une annonce lorsqu'une connexion mobile stable ne peut pas être garantie.

L'exploitant garantit un système d'alarme qui donnera l'ordre aux personnes présentes sur le terrain de camping d'évacuer au plus vite.

Des instructions quant à l'utilisation du système d'alarme sont affichées dans les trois langues nationales ainsi qu'en anglais.

Art. 29 - Règlement d'ordre intérieur et plan des installations

§ 1^{er} - Le règlement d'ordre intérieur est affiché de façon bien visible à la réception du terrain de camping et à proximité de chaque installation sanitaire. Il est rédigé dans les trois langues nationales ainsi qu'en anglais.

Ce règlement comprend les prescriptions et informations minimales suivantes :

- 1° les renseignements sur les procédures d'urgence (évacuation, alerte, annonce et alarme);
- 2° l'interdiction de stationner sur les voiries extérieures et intérieures;
- 3° l'autorisation d'utiliser des barbecues traditionnels si ceux-ci sont éloignés d'au moins 2 m de tout combustible et si l'espace environnant est entretenu en permanence;

- 4° l'interdiction d'utiliser des allume-feux;
- 5° l'emplacement des issues de secours;
- 6° l'emplacement des points de ralliement à l'extérieur du terrain de camping, en cas d'évacuation de ce dernier.

Ce règlement d'ordre intérieur contient des consignes élémentaires en cas d'évacuation, invitant les personnes :

- 1° à garder leur calme;
- 2° à couper les différentes alimentations en énergie;
- 3° à prévenir les services d'urgence;
- 4° à tenter un début d'extinction de l'incendie;
- 5° à quitter le terrain de camping en fonction du plan d'évacuation.

Ce règlement d'ordre intérieur contient également des consignes pour les hôtes relatives à la prévention des incendies conformément au chapitre 4.

§ 2 - Le plan des installations est affiché à l'entrée du terrain de camping et dans chaque installation sanitaire. Il comprend toutes les voiries intérieures, la numérotation des emplacements, le sens de circulation; le cas échéant, l'emplacement des issues de secours, des postes d'incendie, de la boîte de secours, les différents locaux présentant des risques et les sources d'énergie, ainsi que l'emplacement du poste d'alerte ou de téléphonie.

Deux exemplaires de ce plan ainsi que la description du système d'alarme sont transmis à la zone de secours compétente.

Art. 30 - Boîte de secours

Le terrain de camping est pourvu d'une boîte de secours facilement accessible, conservée à la réception ou à l'infirmerie et conforme aux dispositions du Code du bien-être au travail.

Chapitre 4 - Consignes pour les hôtes relatives à la prévention des incendies

Art. 31 - Consignes de sécurité pour les hôtes

L'exploitant invite les hôtes à respecter les consignes ci-après :

- ne pas utiliser de petits appareils, de type camping-gaz, sans surveillance;
- respecter le code de bonne pratique en matière d'installations fonctionnant au GPL :
- utiliser au maximum deux bouteilles de gaz pour l'alimentation des différents appareils;
- ne pas stocker des bouteilles de gaz pleines ou vides;
- limiter la longueur du flexible reliant les bouteilles aux appareils à 2 m maximum;
- remplacer les flexibles avant la date de prescription indiquée ou en cas de détérioration (entaille, tuyau craquelé...);
- placer à chaque extrémité du flexible des colliers de serrage adaptés;
- maintenir toutes les bouteilles de gaz en position debout;
- ne pas fumer pendant la manipulation des bouteilles;
- ne pas utiliser des appareils de chauffage à combustibles solides ou liquides sans raccordement à un conduit d'évacuation extérieure conforme aux règles de l'art;
- assurer, en cas d'utilisation d'appareils de chauffage à combustibles solides ou liquides, la bonne ventilation des locaux (apport d'air extérieur);
- assurer la ventilation de l'espace douche;
- assurer la maintenance des différents appareils de cuisson et de chauffage;
- nettoyer régulièrement les hottes de cuisine;

- disposer éventuellement d'une couverture extinctrice et/ou d'un extincteur.

Ces consignes sont affichées de manière bien visible à la réception et remises aux hôtes lors de toute nouvelle occupation d'emplacements.

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme en ce qui concerne les normes de sécurité spécifiques pour les hébergements touristiques.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias
I. WEYKMANS